

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis...
Einzeln...
Anzeigen...

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile...
Telegraphische Adressen...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Mittwoch, den 20. Oktober 1915.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Umfassender Vormarsch gegen das serbische Heer.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
19. Oktober 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Südlich von Riga erstürmten unsere Truppen mehrere
russische Stellungen und erreichten die Düna östlich von
Ludlow. Ein Offizier, 240 Mann wurden gefangen, zwei
Maschinengewehre erbeutet.

Ein russischer Angriff nordwestlich Jacobstadt wurde
abgewiesen.

In Gegend von Smolwy wurde durch eine unserer
Kampfflugzeuge ein französischer Doppeldecker, der von
einem russischen Stabskapitän geführt wurde und mit
einem englischen Maschinengewehr ausgerüstet war, ab-
geschossen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Nichts Neues.

Heeresgruppe des Generals v. Linningen.

Die gestern gemeldeten Kämpfe am Styr nehmen einen
für uns günstigen Verlauf.

Balkanriegsschauplatz.

Bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls
v. Kaulen wurde von der Armee des Generals
v. Koeber durch österreichisch-ungarische Truppen die Stadt
Obrenovac genommen. Südlich von Belgrad erreichten
deutsche und österreichisch-ungarische Verbände nach Kampf
die Höhen östlich von Branje, südlich von Ripanj und
südlich von Grocka an der Donau. Die Armee des Ge-
nerals v. Gallwitz erkämpfte mit dem rechten Flügel
die Gegend westlich von Seone sowie die Orte Bodanj
und Mala Ardua. Das Höhenland bei Lucica sowie
südlich und östlich von Sozevac bis Midsjenovac wurde
dem Feinde entrissen. Die Armee des Generals So-
jadieff drang gegen Zajecar, Anjasevac über Inowo
und gegen den Keßel von Pirov weiter vor. Andere bul-
garische Truppen haben Branje im oberen Morawatal ge-
nommen und weiter südlich die Linie Egri-Planka—Styp
bereits überschritten.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 19. Oktober. (W. L. B.) Amtlich wird ver-
lautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Russen setzten gestern ihre Angriffe im Sumpf- und
Waldbereich des unteren Styr fort.

Vom Balkan.

London, 19. Oktober. (W. L. B.) Das Pressebureau teilt mit:
General Sir Charles Monro ist zum Oberbefehlshaber
des Expeditionsheeres ernannt worden. General Sir Jan
Hamilton (bisher Leiter der Dardanellen-Aktion) kehrt nach Eng-
land zurück, um Bericht zu erstatten. Bis zur Ankunft von General
Monro ist Generalleutnant Birdwood mit der Führung der Truppen
betraut.

Kom, 19. Oktober. (W. L. B.) Meldung der Agenzia Stefani.
Da Bulgarien die Feindseligkeiten gegen Serbien eröffnet hat und
mit den Feinden Italiens dessen Verbündete bekämpft, erklärt die
italienische Regierung auf Weisung des Königs, daß zwischen
Italien und Bulgarien der Kriegszustand herrscht.

Paris, 18. Oktober. (W. L. B.) Die Information meldet aus
Athen: Es wird hier bestätigt, daß der Staatsarchiv, die Ser-
bische Nationalbank und die serbischen Staatsarchive nach
Monastir gebracht worden sind.

Sofia, 19. Oktober. (L. U.) Mehrere aus Saloniki hier vor-
liegende Meldungen lassen erkennen, daß die dort liegenden
Entente-Truppen mit energischen Schwärzungen zu kämpfen haben. Es
bestätigt sich, daß die Saloniki-Saloniki an verschiedenen
Stellen zerstört ist. Häufig vollbetabene Eisenbahnhänge, die mit
Truppen und Kriegsmaterialien nach Serbien unterwegs waren, wurden auf Befehl des Oberkommandos auf offener
Strecke angehalten und kehrten nach Saloniki zurück. Die Truppen
kamen wieder in ihr Barackenlager, ebenso wurde das Kriegs-

Bei dem nordwestlich von Deragno liegenden Dorf Bogu-
lawka führte der Feind dreimal vergebens gegen die Stellung
einer Honved-Division an. Er wurde durch Feuer und im Nah-
kampf in die Flucht geschlagen und ließ drei Offiziere, über
500 Mann und zwei Maschinengewehre in unserer Hand.

Auch eine über Kulitowice vordringende russische Division
wurde wieder auf das Ostufer zurückgetrieben.

In der Gegend von Czartorizj gewann der Gegner an
einigen Punkten das Westufer des Styrflusses. Dort wird noch
gekämpft.

Nördlich von Nasatowka griffen die Russen gleichfalls mit
starken Kräften an. Sie wurden abgewiesen, wobei wir 100 Mann
gefangen nahmen.

Sonst blieb die Lage im Nordosten unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe an der Isonzofront nehmen an Aus-
dehnung zu. Gestern mittag setzten gegen unsere Stellungen am
Rn, am Tolmeiner Brückenkopf, bei Tonale und Plava, gegen
den Görzer Brückenkopf und das Plateau von Doderds starkes
feindliches Geschützfeuer ein, das mit großer Heftigkeit bis in
die Abendstunden andauerte und in einzelnen Abschnitten auch nachts
andauerte. Unter dem Schutz dieses Feuers ging die italienische
Infanterie an zahlreichen Stellen zum Angriff vor. Am Rn,
am Wzyl Brh und vor den Stellungen des Tolmeiner Brück-
kopfes brachen alle feindlichen Angriffsversuche in unserem In-
fanterie- und Maschinengewehr- und flankierenden Geschützfeuer
zusammen. Die gegnerische Infanterie rückte, wo sie an-
gegangen war, unter den schwersten Verlusten in ihre Gräben
zurück. Stellenweise zog sie es vor, „Avanti“ zu schreien, ohne
ihre Deckungen zu verlassen.

Ein gegen den Monte Sabotino (westlich von Salcano) ge-
richteter Angriff und mehrere starke Vorstöße gegen die schon
seit einigen Tagen heiß umkämpften Stellungen bei Peteano
wurden gleichfalls zurückgeschlagen. Auch hier erlitt die italie-
nische Infanterie große Verluste.

In Kärnten und Tirol herrscht weiter rege feindliche
Artillerietätigkeit.

Südbösischer Kriegsschauplatz.

Die Angriffe der verbündeten Heere machten auch gestern
überall Fortschritte. Die Marva ist zum größten Teil in
unserem Besitz. Die beiderseits der Kolubaramündung über-
schifften L und T Truppen nahmen um Witternacht die Stadt
Obrenovac und die Höhen südöstlich davon.

Die von Belgrad südwärts vordringenden Streikräfte ge-
langten in der Besetzung des Feindes über Ripanj hinaus.

Eine österreichisch-ungarische Kolonne erkämpfte mit dem
Bajonett den Ziguener-Berg südlich von Grocka und nahm mit den
beiderseits der unteren Morawa erfolgreich vorrückenden deutschen
Divisionen die Verbindung auf.

In den dreitägigen Kämpfen um den Anala und die
Stellungen nordwestlich von Grocka sind von unseren Truppen
15 serbische Offiziere und 2000 Mann als Gefangene eingebracht
worden.

Die Bulgaren entrißen dem Feind die erste besetzte
Linie östlich von Pirov und drangen bis in die Gegend von
Branje vor.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Döser, Feldmarschallsleutnant.

material ausgefrachtet. Auch die sanitären Verhältnisse in den
Truppenlagern der Entente bei Saloniki lassen sehr viel zu wünschen
übrig. Im Hafen von Saloniki liegen seit Tagen mit Truppen voll-
gefüllte Transportschiffe. Die Mannschaften können nicht gelandet
werden, da kein Unterkommen mehr für sie zu haben ist.

Vom Seekrieg.

Manila, 19. Oktober. (W. L. B.) Das Black Deep
wurde für die Schifffahrt geschlossen. Es heißt, daß dort
ein britisches Torpedoboot gesunken ist.

Geste, 19. Oktober. (W. L. B.) Wie „Nordlandsposten“ mitteilt,
erhielt das Ministerium des Meeres von der Gesandtschaft in
Petersburg die Nachricht, daß der Dampfer „Rise“ aus Geste
von einem englischen Unterseeboot aufgebrocht und nach Neval
geführt worden sei. Der Dampfer war mit Eisenzeug von Zulca nach
Stettin unterwegs.

Paris, 18. Oktober. (W. L. B.) Der „Temps“ meldet aus
Marseille: Der Postdampfer „Eugène Pereira“ ist am vergangenen
Sonntag in Marseille mit den Überlebenden des Postdampfers
„Amiral Gadelin“ an Bord eingetroffen, der kürzlich von einem
deutschen Unterseeboot im Mittelmeer versenkt wurde. Fünzig Menschen
sind dabei ums Leben gekommen, etwa dreißig wurden verletzt.

London, 19. Oktober. (W. L. B.) Hochs melden: Der nor-
wegische Dampfer „Salerno“ (2400 Brutto-Tonnen) ist
gesunken. Die Besatzung von 19 Mann, zwei Frauen und zwei
Kindern ist gelandet. Es handelt sich um den bereits gemeldeten
englischen Dampfer „Salerno“ der Wilson-Linie.

Löhne der Landarbeiter.

In einer Polemik gegen die Eingabe der Generalkommission
und des Parteivorstandes wegen der Teuerung wendet sich die
„Deutsche Tageszeitung“ vornehmlich gegen den Sach,
daß die Arbeitskraft in der Landwirtschaft wenig teurer, teilweise
sogar billiger geworden sei. Wie sehr diese von dem konservativen
Organ bestrittene Behauptung zutrifft, geht aus folgender Zu-
schrift aus Gewerkschaftskreisen hervor:

Die Klagen, die jetzt aus allen Kreisen der Bevölkerung über die
hohen Lebensmittelpreise laut werden, versucht ein Teil
der landwirtschaftlichen Presse gern mit dem Hinweis zu beschwä-
tigen, daß die Landwirtschaft im Kriege sehr hohe Produktions-
kosten habe. Insbesondere wird mit Nachdruck betont, daß durch
die Erhöhung der Löhne erheblich die Produktionskosten ge-
steigert seien. Die Bemühungen im Reichstag und in der Budget-
kommission, von den Vertretern der Landwirtschaft etwas Näheres
zu erfahren, in welchem Maße die Arbeitslöhne gestiegen sind,
schlugen bisher fehl. Man kam nur mit der allgemeinen Behaup-
tung, die Löhne sind sehr erheblich aufwärts gegangen. Wir haben
die Angabe, daß eine Steigerung der Löhne stattgefunden hat, nicht
bestritten, aber wir konnten mit gutem Grunde behaupten, daß
diese Lohnzulagen sich in recht bescheidenen Grenzen bewegen und
somit für die Produktionskosten in erheblichem Umfang nicht in
Betracht kamen.

Um aber den Dingen einmal auf den Grund zu gehen, hat der
Landarbeiterverband durch eine persönliche Um-
frage bei den Arbeitern auf großen Gütern festge-
stellt, wie sich die Lohnverhältnisse dort geändert haben. Die Ver-
treter der Landwirtschaft werden uns gewiß sehr dankbar sein,
wenn wir ihnen das Material, das ihnen bisher fehlte für den
exakten Nachweis der Lohnsteigerungen, nunmehr unterbreiten.

Im allgemeinen ist zunächst festzustellen, daß an Stelle der
fehlenden männlichen Arbeitskräfte, Frauen sehr stark in An-
spruch genommen werden, die erheblich geringere Löhne erhalten
und bei schweren Arbeiten wohl die Arbeitskraft des Mannes nicht
ganz ersetzen. Ferner ist fast allgemein auf den großen Gütern
beobachtet worden, daß durch Inanspruchnahme der Arbeitskraft der
Gefangenen sicherlich den Grundbesitzern eine sehr wert-
volle Hilfe geleistet wurde, die ihnen auch materiell keine höheren
Aufwendungen auferlegte.

Betrachten wir nun im einzelnen die Ergebnisse der Ermitt-
lungen. Es wurden zunächst eine Anzahl Güter in der Provinz
Brandenburg besucht.

Auf einem großen Gut in Rutschlau bei Schwiebus stellten
wir folgendes fest: Tagelöhner, die in eigener Mietwohnung im
Dorfe wohnen, erhalten einen Tagelohn von 1,80 M., gegen 1,60 M.
vor dem Kriege. Ein Deputat wird nicht gewährt, nur Kartoffel-
land. Die Schnitter erhalten pro Tag neben Wohnung und Kar-
toffeln für den eigenen Bedarf 3 M., ein Lohn, der ihnen
vor dem Kriege auch gezahlt wurde. Das Kartoffel-
herausnehmen geschieht in Afford und wird fast nur von Frauen
ausgeführt. Der Affordlohn für den Zentner bis auf den Wagen
geschafft, beträgt 12 Pf. Es wird uns berichtet, daß schon vor
20 Jahren auf dem Gut 10 Pf. für diese Arbeit gezahlt wurden.
Während des Krieges ist keine Erhöhung einge-
treten. In der Brennerei des Gutes erhielt bis vor kurzem der
Heizer 9 M. Wochenlohn. Er hat diesen „hängend“ bezahlten
Posten allerdings mit einer besseren Stellung ausgetauscht.

Auf dem Gute Kabzig bei Jülichau beträgt der Lohn
für Tagelöhner 1,75 M., ab 1. Oktober 1,50 M., dann 1,25 M.
pro Tag. Jüngere Arbeitskräfte bekommen in der Ernte 2 M. bis
2,50 M. im Winter 1,50 bis 1,75 M., dazu Kartoffelland. Deputa-
tanten, das heißt Arbeiter im festen Vertragsverhältnis, erhalten
225 M. Jahreslohn, 24 Zentner Roggen, 60 Zentner Kartoffeln,
freie Wohnung und Heizung. Durch die Getreidebeschlagnahme
ist dieses Deputat durch Geld abgelöst und zwar erhalten die Leute
pro Zentner 10 M. vergütet; mithin also einen Preis, der unter
dem Höchstpreis steht, den der Landwirt bei der Beschlagnahme
erhält. Der Höchstpreis beträgt 11 M. und steigt vom Januar
monatlich um 15 Pf. Lohnveränderungen während
des Krieges sind nicht vorgekommen. Für Kartoffel-
herausnehmen wird 12 Pf. pro Zentner gezahlt. Für die russischen
Landarbeiter ist natürlich ebenso wenig eine Änderung des
Lohnes eingetreten. Im vorigen Jahre wurde den Arbeiterfamilien
gestattet, auf dem Felde die Heiden zu lesen, in diesem Jahre
wurde es verboten, und ist den Arbeitern damit ein kleiner Nutzen
verloren gegangen.

Auf dem Gute Kabzig Kreis Jülichau-Schwiebus, er-
halten Lohnarbeiter 1,80 M. pro Tag, dazu jedes Vierteltjahr einen
Zentner Roggen und pro Jahr 8 Meter Brennholz. Frauen be-
kommen in der Ernte 1,20 M. pro Tag, später 1 M. und im Winter
80 Pf. Das Kartoffelherausnehmen wird pro Zentner mit 10 Pf.
bezahlt. Kontraktarbeiter, die auf dem Gute wohnen, erhalten
200 M. Barlohn, 24 Zentner Roggen, 70 Zentner Kartoffeln, täglich
1 Liter Voll- und 2 Liter Magermilch. Die Deputatablösung ist
hier mit 10,75 M. pro Zentner in Anrechnung gebracht, während
der Roggenpreis in der benachbarten Mühle 12 M. pro Zentner
beträgt. Aufhisch-polnische Arbeiterinnen erhalten 1,60 M. Tage-
lohn während der Ernte. Den Arbeiterfrauen wird nur die Sten-
g-Unterstützung meist halbes Deputat, oder die Deputatablösung ge-
währt. Lohnänderungen sind nicht eingetreten.

Auf einem Gute in Niederguhren, Kreis Jülichau-
Schwiebus, beträgt der Lohn der Tagelöhner 1,30 bis 1,40 M.,
außerdem das übliche Kartoffelland. Auf diesem Gut wird für
das Herausnehmen der Kartoffeln 14 Pf. pro Zentner gezahlt.
Lohnänderungen sind nicht eingetreten.

Auf einem Gute in Grauschow bei Jülichau wird den Land-
arbeitern neben freier Wohnung und Heizung und dem üblichen

Kartoffelland 2,40 M. Tageslohn geboten, gegen 2,10 M. vor dem Kriege. Die Frauen bekommen während der Ernte 90 Pf., vorher 70 Pf. Tageslohn erhalten 30 Pf. mehr Lohn. Die Verhältnisse auf dem Gut sind erheblich günstiger als in der Umgegend. Auch ist den Frauen der zum Kriege Eingezogenen je nach Bedarf besonderes Deputat gewährt.

Aus dem Kreis West-Pommern liegen folgende Berichte vor:
Auf einem Gut in Barchow ist festgestellt, daß eine Erhöhung der Arbeitelöhne nicht stattgefunden hat. Der Wochenlohn für Anechte beträgt von Oktober bis April 15 M., von April bis Oktober 18 M. Frauen erhalten einen Tageslohn von 1 M. Nur für Kartoffelberausnehmen wird für ein Quantum, das von den Arbeitern auf 1 1/2 Zentner geschätzt wird, 12 1/2 Pf. gezahlt, gegen 10 Pf. früher.

Auf einem Gut in Gohlich sind gleichfalls die Löhne unverändert geblieben. Der Wochenlohn beträgt hier für Landarbeiter 11 M., von April bis Oktober 18 M., daneben freie Wohnung und 60 Zentner Kartoffeln; der Lohn der Frauen im Winter 80 Pf., im Sommer 1 M. ist gleich geblieben. Das Nebenhand wird pro Morgen mit 15 M., das Nebenhand mit 18 M. gezahlt. Für Kartoffelberausnehmen für 1 1/2 Zentner beträgt der Lohn 12 1/2 Pf. Auf dem Gut sind außerdem 5 gefangene Russen beschäftigt, für die der Besitzer als Entschädigung für Kost 30 Pf. pro Tag erhält.

Auf dem Gut in Tremmen ist eine Lohnerrhöhung während des Krieges eingetreten und zwar ist im Frühjahr der Lohn von 15 M. auf 18 M. pro Woche erhöht, während der Erntezeit von 18 M. auf 20 M., für den Winter steht der Lohn noch nicht fest. Die Arbeiter erhalten freie Wohnung, 48 Zentner Kartoffeln, sie haben während des Krieges je nach Bedarf an Kartoffeln Zubuße bekommen. Der Lohn der Frauen ist unverändert geblieben. Der Betrag im Sommer ist 1,20 Mark, im Winter 1 M. Für Kartoffelberausnehmen pro 1 1/2 Zentner ist die Entschädigung von 10 Pf. auf 12 1/2 Pf. erhöht. Einige Ermittlungen in der Provinz Sachsen und im Harzbezirk ergeben für die Arbeiter ein etwas günstigeres Resultat, weil hier vielfach die Organisation Anregung zu Lohnerrhöhungen gab.

Aus dem Bezirk Ostersleben wird aus 10 landwirtschaftlichen Betrieben berichtet, daß Lohnzulagen für Lohnarbeiter von 1,50 M. bis 2 M. pro Woche erzielt wurden. Der Lohn schwankt zwischen 14,70 M. bis 18 M. Deputat erhalten hier die Arbeiter nicht, außer dem üblichen Kartoffelfeld.

Aus Hendorf wird berichtet aus 15 landwirtschaftlichen Betrieben, daß Lohnzulagen pro Monat von 5 bis 10 M. für Landarbeiter erreicht wurden. Ein Wochenlohn von 15 M. wird selten überschritten. Der Tageslohn für Frauen beträgt 1,50 M.

Aus Ermleben am Harz wird von vier landwirtschaftlichen Betrieben angegeben, daß eine Lohnerrhöhung nur in einigen Betrieben bis zu 1,50 M. pro Woche eingetreten ist. Der Wochenlohn beträgt 15 M. gegenwärtig.

In Derenburg am Harz haben die Arbeiter zu dem Wochenlohn von 12,50 bis 13,50 M. eine Zulage von 50 Pf. erlangt. Dieser Erfolg ist nur in einem Betriebe festgestellt, während 24 andere Betriebe die Ansprüche der Arbeiter ablehnten.

In Sommerda können die Landarbeiter über eine Lohnzulage von 2 M. pro Woche berichten. Für Frauen ist der Tageslohn um 20 Pf. erhöht.

Aus Kloster Michaelstein bei Blankenburg wurde die Erhöhung des Tageslohn für Landarbeiter um 20 Pf. und für Frauen um 10 Pf. erreicht. Die Löhne schwanken zwischen 18,20 Mark im Winter bis 15,80 M. während der Erntezeit; außerdem freie Wohnung, 11,80 M. Holzgeld, Acker- und Gartenland.

Diese Feststellungen werden vorläufig genügen. Sie bedürfen einer näheren Erläuterung nicht, denn sie sprechen für sich selbst. Berücksichtigt man, daß die Landarbeiter unter der Preissteigerung für alle Verbrauchartikel im Haushalt ebenso zu leiden haben wie die städtische Bevölkerung, dann wird wohl niemand behaupten, daß die Zulagen, die wir hier feststellen konnten, anders als recht drückend ausgefallen sind. Noch schlimmer steht die Sache aber da, wo jede Aufbesserung der Löhne abgelehnt wurde. Natürlich handelt es sich nur um einige Stichproben, sie geben uns aber einen Einblick in die dürftige Lage der Landarbeiter. Hier und da sieht es in den kleinen Betrieben noch etwas besser aus. Der Großbetrieb bleibt in der Regel der stärkere Lohnbrüder. Für eine bedeutende Erhöhung der Landarbeiterlöhne geben diese Ermittlungen keinen Anhalt.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 19. Oktober. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Im Laufe der Nacht warfen wir drei neue Angriffsversuche des Feindes gegen das Gebirgswald in der Gasse nordöstlich von Souchez durch Artillerie- und Infanterieperspektive völlig zurück. Südlich von der Somme wurde im Abschnitt von Lison der Kampf mit Schützengrabenswerkzeugen nahezu unaufhörlich fortgesetzt, während unsere Batterien ein wirksames Feuer gegen die deutschen Befestigungen unterhielten. Nordlich von Verdun versuchten die Deutschen, die Trichter der Minen zu besetzen, die kürzlich zwischen beiden Linien ausgeflogen waren. Der Feind wurde überall zurückgeworfen. Während der Nacht sehr lebhaftes Feuer der Schützengrabensinfanterie in der Umgegend von Romens. Unsere Artillerie zerstreute feindliche Arbeitsabteilungen in demselben Gebiete östlich von Epy bei Gremesey in Bioncourt und beschloß den Bahnhof von Blamont.

Paris, 18. Oktober. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Nach starker artillerischer Vorbereitung besetzten sich in den deutschen Schützengräben im Bois en Haque und im Soudegalte, wo bedeutende feindliche Truppenbestände zusammengezogen waren, Drohungen mit Infanterieangriffen. Durch einen energischen, wirksamen Feuerriegel verhinderte unsere Artillerie und unsere Maschinengewehre den Feind, vorzustoßen. Südlich der Somme in der Umgegend von Tilloloy, Cessier und Sainte Cecade (N) wurde ein Artilleriekampf durchgeführt, in dem wir die Oberhand behielten. Auf dem linken Flügel und südlich von Sommes kamen unsere Patrouillen einer feindlichen Patrouille auf die Spur und brachten Gefangene mit. In der Champagne war das feindliche Bombardement gegen Tahure und in der Schlucht von La Goutte noch sehr lebhaft. Indem unsere Batterien durch ihr Feuer gegen die feindlichen Schützengräben und Wälder hinter der Front des Feindes antworteten, verursachten sie die Explosion eines bedeutenden Munitionslagers. In den Wäldern meldet man lebhaftes Handgranatenkämpfe. Auf den Höhen des Charaymännle bestiegen heftige Kanonaden, ebenso in dem Gebiet des Hartmannswiesertopfes und im Thurtal.

Englische Verluste bei der Offensive.

London, 19. Oktober. (Z. U.) Die „Times“ bringen eine Aufstellung der Verluste, die das Kriegsgesamt in den letzten Wochen veröffentlichte und in der sämtliche Verluste enthalten sein sollen, die die Engländer seit Beginn der Offensive auf der Westfront vom 25. September ab, erlitten haben. Danach kommen 1341 Offiziere und 13 485 Mannschaften in Frage. Von den Offizieren sind 474 gefallen, 547 verwundet und 320 werden vermißt. An Mannschaften 2063 gefallen, 11 012 wurden verwundet und 380 sind als Vermißte bezeichnet.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 19. Oktober. (W. L. B.) Amtlicher Kriegsbericht vom 18. Oktober. In der Gegend Riga, am Na-Fluß, abwärts Mitau, wurden die Abteilungen des Feindes, die bei Herzogshof (nordwestlich Mitau) übergegangen waren, über den Fluß zurückgeworfen. Auf der Front in Gegend von Dünaburg blieb der Feind nach den gestrigen Angriffen, die wir zurückwarfen, ruhig. Nur bei dem Dorf Polchilina (3 Kilometer südlich Jurga) versuchte der Feind, uns durch zwei Angriffe aus unseren Gräben hinauszukücheln; die Angriffe wurden abgewiesen, der Artilleriekampf dauert an. Zwischen dem Demnisee und Driswajatssee ist der Kampf noch im Gange. Südlich des Dorfes Kurwanaj (am Südufer des Driswajatssee) wurden die Deutschen unter sehr großen Verlusten aus ihren Stellungen geworfen. Wir machten Gefangene und erbeuteten Maschinengewehre. Am oberen Njemen flussaufwärts Djeskatischi (18 Kilometer) nahmen wir das Dorf Satscherky im Sturm. Südlich des Dnypr, am mittleren Elyr, trugen unsere Truppen gestern einen bedeutenden Erfolg davon. Bei Besetzung des Dorfes Sobieszegy flussaufwärts Maslowa (3 Kilometer) nahmen sie dreizehn Offiziere, darunter zwei Bataillonskommandeure und 500 Soldaten gefangen. Kavallerieabteilungen warfen den Feind bei dem Bahnhof Bodojerewicz südlich Maslowa (6 Kilometer). Bis jetzt wurden 1000 Soldaten gefangen und Maschinengewehre erbeutet. Ebenso besetzten wir das Dorf Kolliner, flussaufwärts Chortorhol (3 Kilometer) und besetzten den Brückenkopf. Nachdem wir den Gegenangriff des Feindes zurückgeworfen hatten, blieben mehr als 800 deutsche und österreichische Soldaten, Handgranaten und Telephonmaterial in unserer Hand. Am Morgen des gestrigen Tages drangen unsere Truppen in das Dorf Anilowicz, südlich Nowoselki, ein, machten ungefähr 1000 Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten viele Maschinengewehre und Minenwerfer.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 19. Oktober. (W. L. B.) Amtlicher Heeresbericht von gestern: An der Grenze von Tirol nimmt die Tätigkeit unserer und der feindlichen Truppen zu, unterstützt durch das immer lebhaftere Feuer beider Artillerie. Am 18. Oktober kam es zu Zusammenstößen von einiger Bedeutung am Torione im Abschnitt des Tonale, um den beständig von den feindlichen Artillerien gekämpft wird, ferner vor Bregasina, von wo feindliche Abteilungen vertrieben wurden, die verlustig hatten, sich unseren neuen Stellungen zu nähern, und auf den höchsten Punkten des Tales von Trazenango (Voite), wo ein Angriff gegen unsere Linien vollkommen mißglückte. In der Nacht zum 18. Oktober näherten sich unsere Abteilungen den feindlichen Verteidigungswerten auf dem Seilofel (Sextental) und warfen Bomben auf sie, die die Gräben zerstörten und den Verteidigern Verluste zufügten. Auf dem Karst rückten unsere Truppen am 18. Oktober und auch später noch im Abschnitt des Monte San Michele weiter vor und vervollständigten die Unternehmung vom 14., indem sie die am Nordhange des Berges eroberten Stellungen besetzten und erweiterten. Cadorna.

Der Balkan und die Ententemächte.

Noch immer ist die Frage einer Beteiligung Italiens an dem neuen Balkanunternehmen der Alliierten offiziell nicht beantwortet, aber neue Anzeichen sprechen für seine außerordentlich geringe Neigung, die Front gegen Oesterreich zugunsten einer Operation auf der südosteuropäischen Halbinsel zu schwächen. Den Wünschen der Pariser und Londoner Regierungen, denen sich, wie es scheint, die Minister Salandra und Sonnino nicht ganz unzugänglich gezeigt haben, steht der Oberbefehlshaber Cadorna sein militärisch begründetes Nein entgegen.

Kein Wunder, daß diese Haltung Italiens den internationalen „Bürgfrieden“ der Vierverbandsmächte einigermaßen stört. In die Presse kommt ein gereizter Ton, und auf die englischen und französischen Vorwürfe und Beschwerden antwortet man in Mailand und Rom trotz aller Zensur in einer Weise, die den Pflichten der Bundesgenossenschaft nicht durchweg entspricht. „Corriere della Sera“ sowohl wie „Dea Nazionale“, beides Blätter, die das Kriegsfeuer eifrig geschürt haben, sprechen von dem „zweifelhaften“ Unternehmen, in das man das Königreich, das ganz andere Interessen zu verfolgen habe, hineinzuziehen wolle, und um ihre Ablehnung besser zu begründen, zeigen sie die Fehler des bisherigen diplomatischen Vorgehens auf der Balkanhalbinsel auf. Unwirsch wird bemängelt, daß die Alliierten viel zu viel Wesens mit Griechenland gemacht und aus Furcht vor einer Verletzung der Ansprüche dieses Staates Bulgarien gegenüber zu wenig freigebig gewesen seien. Hier entbrennt sich der politische Standpunkt Italiens zu den Balkanfragen. Seine Sehnsucht nach Albanien und den Inseln im Ägäischen Meer haben es in Gegensatz zu Serbien und Griechenland gebracht und seine Diplomaten veranlaßt, mehr auf Bulgarien, dem heutigen Verbündeten der Neutralmächte zu sehen. Man erinnert sich ja der rührenden Versicherungen, die Sonnino und Salandra dem aus Rom scheidenden bulgarischen Gesandten gab: komme es zum Krieg, so werde es ein Krieg ohne Haf sein.

Inzwischen hat die griechische Regierung der rumänischen amtlich ihre Absicht, neutral zu bleiben, mitgeteilt, und das Bukarester Kabinett bezieht sich, von diesem Vornehmen der Öffentlichkeit Kenntnis zu geben, um seine eigene Neutralitätspolitik auf jede Weise zu rechtfertigen. Der Ministerpräsident Bratianu erklärt auf neue den Führern der Gruppen, die noch immer eine aktive Stellungnahme an der Seite Rußlands fordern, es liege kein Grund vor, die bisher innegehaltene Linie zu verlassen, und es ist wahrscheinlich, daß Rumänien seine Neutralität praktisch noch energischer vertreten wird als Griechenland, das den Durchzug der Verbündeten durch sein Gebiet nicht verhindern kann. Ob es wahr ist, daß Rußland in Bukarest wegen der Erlaubnis zum Durchmarsch seiner Truppen angefragt oder angeknöpft hat, muß dahingestellt bleiben. Aber möglicherweise wäre ihm eine Abfrage sogar ganz recht: es hätte dann Frankreich und England gegenüber einen Vorwand für seine Latenzlosigkeit. Solange man mit den Türken um die Drosselung der Dardanellen kämpfte, stand das russische Interesse im Vordergrund; die neue Phase des Balkankrieges, in der es in erster Linie um die Beherrschung des Weges nach Konstantinopel und über Konstantinopel hinaus geht, berührt vor allem England, und wenn es dafür noch eines Beweises bedürfte, dann wäre er in der starken Rückwirkung zu finden, den die Ereignisse auf die innere Politik Großbritanniens, auf die Stellung Sir Edward Grey und des gesamten Reaktionsministeriums ausüben.

Achtung vor der Neutralität.

Der britische Botschafter Spring Rice hat an alle britischen Konsuln in den Vereinigten Staaten ein Rundschreiben geschickt und sie aufgefordert, die britischen Untertanen vor jeder Verletzung der amerikanischen Neutralität und vor jeder Propaganda zu warnen, die eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten zum Ziele habe. Die britische Regierung habe zu Beginn des Krieges entschieden, daß es inkorrekt sei, Schritte zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu tun. Noch unangebracht sei es, daß britische Beamte sich an die amerikanischen Bürger auf Grund der Tatsache wenden, daß sie als britische Untertanen geboren seien, vor allem aber dürfe kein britischer Beamter an irgendeiner Propaganda sich beteiligen.

Der Sinn der allgemeinen Dienstpflicht in England.

Stets wird das Fehlen der allgemeinen Wehrpflicht in England und der Widerspruch gegen ihre Einführung von deutschen Beurteilern als Beweis für den Mangel an demokratischen Grundideen im öffentlichen Leben des Inselreichs angeführt. Ist es nun schon ganz allgemein unzutreffend, das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht als unter allen Umständen demokratisch hinzustellen, so hat der Widerspruch, auf den die gegenwärtige Kampagne zugunsten einer Uebertragung des kontinentalen Militärsystems auf England stößt, noch seine besonderen Gründe, auf die in Deutschland nicht immer genügend eingegangen wird. Es kommt nämlich einem sehr großen Teil der Befürworter der allgemeinen Dienstpflicht nicht sowohl auf eine Verhärtung des Herzes an als vielmehr auf die Einführung eines Arbeitszwanges in den privaten wirtschaftlichen Unternehmungen zur Vermeidung des Herzesbed. Daß diese Absicht auch von den englischen Arbeitern nicht durchgeföhrt wird, hebt neuerdings wieder das Organ der Fabier der „Statesman“ hervor.

„Der Arbeiter — so sagt er — würde für eine unbestimmte Zeit zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet sein, ohne es in seiner Gewalt zu haben, seinen Platz zu verlassen. Er würde unter unheimlichen Strafabdrohungen stehen, Löhne, Arbeitszeiten und Bedingungen haben, auf deren Festsetzung weder er noch seine Gewerkschaft irgendeinen Einfluß besäße, und davon er sich ohne Zustimmung seines Unternehmers nicht erheben könnte. Eine derartige industrielle Ausbeutung würde sich aber nicht erstrecken auf die, die nicht Handarbeiter sind. Nicht auf die Unternehmner, die in der gewohnten Weise weiter ihre Profite machen werden, nicht auf irgendwelche Personen, die von ihren Renten ... leben.“

Von anderer Seite ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Anhänger der Dienstpflicht in der Regierung sich von dem Gedanken leiten lassen, das englische Kabinett müsse die Möglichkeit haben, in bestimmten Verhältnissen mit kriegsähnlichen Umständen ebenso fertig zu werden wie der französische Ministerpräsident Briand im Jahre 1910 mit dem Streik der französischen Eisenbahner, die er einfach zu den Fahnen einberief. Kurz und gut, so einfach ist das Problem der Dienstpflicht auf keinen Fall, wie gewisse mit dem Wort schnell fertige Kritiker der staatlichen Einrichtungen Englands es hinstellen möchten.

Gold und Patriotismus.

Der französische Nationalökonom Gustave Lohy, dessen Organ „L'oeuvre“ jetzt täglich erscheint, hat eine energische Propaganda für die Ableitung von Gold an die Staatsbank eröffnet. Während der drei Monate, da die „Goldkampagne“ währt, schreibt er, seien der französischen Bank nicht mehr als 700 Millionen Franc in Gold zugeführt worden, während über drei Milliarden Gold noch im Privatbesitz seien. Eine so große Industriekrise wie Saint Etienne habe kaum 4 Millionen getroffen, während 17,8 Millionen, schon 18 Millionen. Die Gründe der Zurückhaltung des Goldes gehen aus dem im „L'oeuvre“ veröffentlichten Briefe eines „ehrenhaften Franzosen“ hervor, der sich nach den Worten Lohys in „einer bedauerntwertesten Gemütsverfassung“ befindet. Dieser Mann schreibt dem Herausgeber von „L'oeuvre“ sehr erregt, er könne nicht begreifen, wie er die Besitzenden auffordern könne, ihr Gold einer Regierung auszuliefern, die in 44 Jahren 70 bis 80 Milliarden in Form von Steuern für die Volkserziehung erpreht und das Land wehrlos gelassen habe.

Wir halten unser Gold um so eifriger fest, als wir die Unmöglichkeit einsehen, daß die bestehende Ordnung, die gegen den allgemeinen Willen auch im Kriege aufrecht erhalten wird, ihre Existenz weiter fristet und der unvermeidlichen Revolution handhau.

Wie können sie wünschen, daß wie denen Vertrauen schenken, die uns in dieses Unglück gestürzt haben?

Franzosen, behaltet euer Gold für den „großen Abend“, von dem die sozialistischen Minister träumen, und begehrt nicht die Dummheit, es diesen Leuten anzuvertrauen.“

Der Schluß dieses Appells an die Besitzenden ist besonders deutlich. Die Inhaber der Goldsäckel, in denen ein beträchtlicher Teil der „rehabilitierten Arbeit“ der französischen Nation aufbewahrt ist, rebellieren gegen das Regierungssystem, dessen militärische und imperialistische Kraft sich als zu schwach erwiesen hat. Die besitzenden Klassen appellieren zwar an die Vaterlandsliebe der breiten Volksmassen der Arbeiter und Bauern, sie fordern die „heilige Einmütigkeit“ im Kampf gegen den äußeren Feind, sie betonen es als eine Selbstverständlichkeit, daß die Arbeiter ihre eigenen Ziele, ihre eigene Politik durchzusetzen und ihre Ansehen widerstandslos zu Markte tragen, sie selber aber verstehen das Gold in den Geheimfächern ihrer Banktresors und Kassenchränke, weil ihnen vor den sozialistischen Ministern nicht widertraut als vor dem äußeren Feind.

So tritt unter den in Frankreich obwaltenden Verhältnissen, bei denen die besitzenden Klassen zugleich nach innen und nach außen eine Defensivstellung eingenommen haben, das kapitalistische Gesetz der Wechselwirkung zwischen Gold und Patriotismus in die Erscheinung.

Politische Uebersicht.

Bevölkerungspolitik ohne Frauen.

Im Plenarversammlungssaal des Preussischen Abgeordnetenhauses stellte sich am Montagabend die neugegründete Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungspolitik einer logennotierten Öffentlichkeit vor. Im Saal fand sich eine größere Anzahl Herren ein, zwischen denen vereinzelt einige Frauen saßen, und wie der Zuhörerkreis einen in der Hauptsache männlichen Charakter trug, so schien auch aus den Vorträgen im großen und ganzen der Wunsch hervorzugehen, daß man in der Arbeit am liebsten unter sich bleiben und von den Frauen möglichst wenig gekört sein möchte.

Nicht als ob man die Frauen ganz hätte ausschalten wollen. Man hatte sogar eine richtige Rednerin, die wenn auch nicht das mütterliche, so doch das weibliche Element verkörperte sollte, Fräulein Paula Meier vom Deutsch-evangelischen Frauenbund. Aber in den meisten Reden, und das gilt besonders auch von dem einleitenden Vortrag des Vorsitzenden Prof. Dr. Jul. Wolf, wurde die Frau doch ausschließlich als Objekt der Politik der Gesellschaft angesehen und ihr eine absolut passive Rolle zugeteilt. Bis schließlich der Abg. Raumann, der überhaupt bei den Führenden der neuen Organisation ein peinliches Unbehagen wachrief und dessen Rede so gar nicht unter den Begriff der „wahrheitsgemäßen Ansprache“

zu bringen war, die er nach dem fürsorglich schon vorher fertigestellten Bericht über die Presse halten sollte, erklärte, daß die Entscheidung über den Bevölkerungszuwachs „nicht bei dem Segen der Autoritäten liege und nicht bei Grüßen und Telegrammen, sondern bei dem Willen der einzelnen Frau und des einzelnen Mannes.“ Diese Bemerkung fand naturgemäß bei den wenigen antwortenden Frauen und auch bei einem Teil der männlichen Zuhörer volles Verständnis, der Vorstand aber schien unangenehm überrascht und er glaubte sich gegen die Bemerkung über die Telegrammverlesung vermahnen zu müssen.

Somit trugen die meisten Ausführungen einen absolut männlichen Charakter. Von den meisten Rednern — es gab einige rühmliche Ausnahmen — wurde fast durchweg ein starkes Wachstum der Bevölkerung gewünscht, weil man eine militärische Ueberlegenheit Deutschlands schaffen müsse. Jedes neugeborene Kind wird von vornherein als künftiger Soldat oder als Mutter eines oder mehrerer Soldaten gewertet. Es wurde vor dem ungeheuren Menschenmaterial Russlands graulich gemacht und auf das bevölkerungsarme Frankreich hingewiesen, auf dessen Niveau man herabsinken werde, wenn es mit Deutschland so weiter gehe wie in den letzten Jahren.

Alles mögliche soll der neuen Bevölkerungspolitik dienstbar gemacht werden. Herr Prof. Jul. Wolf ging sogar so weit, bestimmte Friedensbedingungen aus Gründen der Bevölkerungspolitik zu fordern, und vor allem, das war der ständige Refrain, müsse der Zeugungswille bei Mann und Frau gestärkt werden. Es scheint uns jedoch ein etwas sonderbarer Anfang der Betätigung in der Richtung zu sein, wenn man das Mitbestimmungsrecht der Frauen in dieser Frage so gering schätzt, und wenn man als Zweck der Bevölkerungsvermehrung nur die Erhöhung unserer militärischen Stärke hinstellt.

Beschränkung der Parlamentsarbeiten?

Im „Tag“ tritt der freikonservative Abgeordnete v. Jeddly für eine energische Inangriffnahme der Verwaltungsreform nach dem Kriege ein. Bekanntlich sind frühere Versuche, durch eine Immediatkommission diese Reform „vorbereiten“ zu lassen, im Sande verlaufen. v. Jeddly nun wünscht vor allem den durch den Krieg eingetretenen Personalmangel zu beseitigen, um für immer die Beamtenenschaft auf den Kriegspersonalbestand zu beschränken. Nötigenfalls werde ein derartiger Antrag aus der Initiative des Abgeordnetenhauses heraus kommen. Diese Vorschläge können sich offenbar nur auf die oberen und mittleren Beamten beziehen. Denn die unteren Beamten sind, besonders im Eisenbahn- und Postwesen, auch in Friedenszeit geradezu überlastet; bei ihnen ist vielmehr eine Einschränkung der Arbeitsleistung notwendig.

Wichtiger als eine Verwaltungsreform scheint aber Herrn v. Jeddly eine Parlamentsreform zu sein. Mit der Begründung, daß die amtlichen Verwaltungsstellen durch ihre Vorbereitungen für die Parlamentsdebatten zu sehr belastet seien, fordert v. Jeddly eine Einschränkung der Debatten im Landtage (der Reichstag wird wohl nur vorläufig von ihm nicht genannt). Praktische Vorschläge für eine solche Reform sind indes nicht. Es wird auch schwer halten, sie technisch durchzuführen. Aber selbst wenn es dafür ein Mittel geben würde, ohne die kleineren und die Oppositionsparteien ganz mundtot zu machen, muß diesem Vorschlage energisch widersprochen werden. Es gehört zum Begriffe der parlamentarischen Verfassung, daß das Parlament wirklich eine Kontrolle ausüben kann. Jede Beschränkung der Parlamentsdebatten aber führt zumal in Preußen und Deutschland, wo die Minister nicht direkt aus dem Parlament hervorgehen und von ihm abhängig sind, zu einer noch größeren Selbstständigkeit der Verwaltung und würde eine noch größere Dynastie des Parlaments zur Folge haben.

Dr. Solf in Holland.

Der deutsche Staatssekretär Dr. Solf ist im Haag angekommen.

Der mecklenburgische Landtag

Ist zum 23. November zusammengerufen worden. Die von der Regierung veröffentlichte Tagesordnung enthält die herkömmliche Steuerbewilligung usw. und bleibt somit bei der Regel, die seit Schaffung des Ständetages von 1765 in Übung ist. Der mecklenburgische Landtag setzt sich nämlich auch heute noch zusammen lediglich aus den Besitzern der Rittergüter und den Vertretern der Magistrate der mecklenburgischen Städte; der frühere dritte Stand — die Prälaten — ist durch die lutherische Reformation ausgeschliffen worden. Aber sonst ist alles beim alten geblieben. Auch, daß die Sitzungen dieser Stände — gewöhnlich Sonntag — die Öffentlichkeit ausschließen. Hier findet sich Arbeit für die „Reorientierung“!

Wahlkämpfe in Südafrika.

„Times“ meldet aus Kapstadt: Die Aufregung des Wahlkampfes, der am Mittwoch endet, ist bis zur Höhe der gestrigen, besonders in den ländlichen Bezirken, in denen sich der Kampf zwischen den Nationalisten und der südafrikanischen Partei zu einer beispiellosen Bitterkeit entwickelt. Nur 8 von 180 Sitzen sind unbestritten. Die alte südafrikanische Partei ist völlig gespalten. Die nationalistischen Redner und Zeitungen führen die Wahlkämpfe mit äußerster Heftigkeit, Giftigkeit und Eigenhaftigkeit gegen die Regierung und waren leider nur zu erfolgreich, den Welt wütenden Streit zu entzünden, der kaum minder england- wie hochafrikanisch ist. Ein Kennzeichen des Wahlkampfes ist es, daß namentlich in der Kapkolonie arme Wuren zur Geltung kommen. Die Engländer rechnen auf die Stimmen der Regier.
Das Reutersche Bureau meldet aus Bloemfontein vom 17. Oktober: Es laufen Berichte über böse Zwischenfälle beim Wahlkampf ein. Ein erster Anstoß entstand in einer Versammlung der Nationalisten in Verhulst. Schwärze, Mordhiebe und Risikometer wurden als Waffen benutzt. Eine Anzahl Personen wurde erheblich verwundet.

Das tägliche Brot.

Zur Lebensmittelteuerung.

Wir haben mitgeteilt, daß eine Vertretung des Parteivorstandes und der Generalkommission der Gewerkschaften am Sonnabend bei dem Staatssekretär Dr. Delbrück erneut vorstellig geworden ist wegen der enormen Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt. Die Genossen haben dort folgende Forderungen vertreten: Die hohe Preislage aller Lebensmittel, besonders derjenigen, die außerhalb jeder behördlichen Preiskontrolle und Preisfestsetzung stehen, erfordert dringend ein sofortiges Eingreifen des Bundesrats, um in systematischer Weise eine Preisregulierung anzuordnen.
Erforderlich ist die Festsetzung von Höchstpreisen für größere Bezirke, und zwar für Produzenten, Groß-

handel und Kleinhandel. Die Preisfestsetzungen haben sich nicht an die gegenwärtigen Marktpreise zu halten; sie sind vielmehr unter Ausschaltung besonderer Gewinne ohne Rücksicht auf höhere Preislage im Auslande nach den tatsächlichen Produktionskosten im Inlande zu bemessen. Höhere Aufwendungen für die Einfuhr von Verbrauchsartikeln und Lebensmitteln vom Auslande sind aus Reichsmitteln zu decken. Die Einfuhr ist durch die Zentraleinkaufsgesellschaft kaufmännisch zu leiten.

Mit Rücksicht auf den Mangel an genügenden Fleischvorräten ist eine Rationeneinteilung (Kartenausgabe) vorzunehmen, die in Verbindung mit dem Bezug von Butter, Margarine und Fetten gebracht wird.

Den Gemeinden ist das Recht der Enteignung resp. Beschlagnahme für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände zu verleihen, die vom Markte zurückgehalten werden. Auf Anweisung des Reichsamts des Innern muß die Beschlagnahme von den Gemeinden durchgeführt werden.

Die Gemeinden müssen zur Lebensmittelversorgung angehalten werden. Die Abgabe ist so zu regeln, daß in erster Linie die minderbemittelte Bevölkerung berücksichtigt wird und die Waren zu mäßigen Preisen erhält. Durch Rationeneinteilung (Kartenausgabe) muß vermieden werden, daß einzelne Personen größere Quantitäten erwerben, während andere leer ausgehen. Für Familien und Hinterbliebene minderbemittelter Kriegsteilnehmer soll von den Gemeinden ein ermäßigter Preis festgesetzt werden.

Sofort erforderlich sind Höchstpreise für folgende Lebensmittel: Vieh, Fleisch, Fleischwaren, Seefische (Seringe), Milch, Butter, Käse, Bier, Dele, Fette, Süßfrüchte, Kartoffeln und Gemüse.

Erhebliche Minderung der Höchstpreise ist notwendig für Kartoffelmehl, Kartoffelpräparate, Zucker, Spiritus und Leder.

Die Butterfrage.

Ueber die einheitliche Regelung der Butterfrage für das gesamte Reichsgebiet ist, wie das „Berl. Tageblatt“ hört, nunmehr eine Einigung zwischen allen beteiligten Instanzen, der Reichsleitung, den preussischen Ressorts, und der neuen Reichspräsidenten, erzielt. Ein Bundesratsbeschluss über die Preisregulierung für Butter steht unmittelbar bevor.

Die Vorschläge des Reichsamts des Innern, die die allgemeine Zustimmung gefunden haben, sehen die Errichtung einer Rationierungskommission für Butter mit dem Sitz in Berlin vor, die regelmäßig, aber unabhängig von dem Marktpreis, eine Buttermotiv feststellt, die als Grundpreis für das ganze Reichsgebiet gelten soll. Zu diesem Zweck können, sei es für die einzelnen Bundesstaaten, sei es für bestimmte abgegrenzte Wirtschaftsgebiete, Zusätze und Abzüge festgesetzt werden. Ob neben der Preisregelung und gleichzeitig mit ihr auch noch eine Verbrauchsregelung durchgeführt werden wird, steht noch nicht endgültig fest.

Wie das erwähnte Blatt weiter hört, sind auch andere einschneidende Maßnahmen des Bundesrats, so vor allem gegen die Fleischsteuerung, schon in den nächsten Tagen mit Bestimmtheit zu erwarten.

Nach den bisherigen Erfahrungen läßt sich indessen sagen — und auch der Staatssekretär Dr. Delbrück hat sich so im Reichstag geäußert — daß Höchstpreise ohne Beschlagnahme vergeblich sind, ja sogar schädlich wirken können. Milch kann heute unbenutzt gut verwertet zu Käse verarbeitet oder gar verflüssigt werden.

Die Regelung der Butterversorgung ist also unmöglich ohne gleichzeitige Verfügungen über Milch und Käse.

Soweit die Produzenten in Frage kommen, wäre die Bildung von Anwaltsvereinigungen zu empfehlen, die unter öffentlicher Kontrolle stehen. Die Kommunen hätten dabei die Milchproduktion ihres Bezirks zu übernehmen und die Futtermittel nach den übernommenen Bestimmungen zu verteilen.

Natürlich dürfen auch die Händler nicht nach eigenem Belieben handeln. Hier obliegt den Kommunen die Verpflichtung, den Verkauf der Käsehäuser an Butter aufzunehmen und durch Ausgabe von Milch- und Butterkarten die vorhandenen Vorräte gleichmäßig zu verteilen.

Von großer Bedeutung ist die Zentralisierung des Buttereinkaufs im Auslande.

Was Rot tut, sagt der Brief eines holländischen Exporteurs an die „Berliner Markthafen-Zeitung“: „An den verrückten Preisen (in Holland) sind die deutschen Händler selbst schuld. Man fährt ganz Holland ab, besucht jede Molkerei, die jeden Tag mehrere Besuche von Deutschen erhält, und macht uns festliefernde Molkereien durch hohe Angebote unken. Heute Butter zu verkaufen, ist eine Kleinigkeit, aber einzukaufen, das ist die Sache! Eine Minderung kann nur kommen, falls für ganz Deutschland ein einheitlicher Preis festgesetzt würde. Natürlich können durch einen festen Preis über ganz Deutschland die Preise nicht so gedrückt werden, daß sie sich der heutigen Marktlage nicht anpassen, (dafür hat man, wie Sie richtig angeben, den Absatz nach England), aber England kauft zu diesen horrenden Preisen nicht. Seit Wochen ist auf dem Londoner Marke der Preis für holländische Butter „nominal“, und wenn wir die Preise, welche wir in Deutschland bezahlt bekommen, nach England mitteilen, bekommen wir, wie die Preise es auch verdienen, Schimpf und Spott.“

Ueberwachung der Molkereien.

Das Generalkommando des II. Armee-Korps hat, nachdem trotz aller Warnungen die Preise für die notwendigen Lebensmittel stetig steigen, für den Bereich des II. Armee-Korps bestimmte Maßnahmen angeordnet. Die Oberbürgermeister bzw. Landräte haben Kommissionen binnen drei Tagen einzusetzen, die die Preisbildung zu überwachen und die Ueberwacher anzustellen haben. Die Molkereigenossenschaften, denen Bürgerweise ein ihnen zustehender Verdienst gewährt bleiben soll, haben vollen Einblick in die Geschäftsführung zu gewähren. Die Preisbildungsprüfung erstreckt sich ferner auf den Kleinhandel für Kolonialwaren und Kartoffeln, ob die Selbstverarbeiter bei den kleinen Mühlen nicht überverteilt werden. In besonders schweren Fällen ist beim Generalkommando Geschäftsbesetzung zu beantragen.

Wieder verfehlt!

Die Bundesratsverordnung über die Kartoffelversorgung stellt sich schon jetzt als verfehlt, weil unzureichend, heraus. Schon gestern berichteten wir, daß Knappheit, wahrscheinlich infolge von künstlicher Zurückhaltung, besteht. Das Aufsteigen der Kartoffelpreise steht damit in engem Zusammenhang. Während der Grundpreis für die in der Bundesratsverordnung vorgesehene Entziehung sich um 3 M. bewegt, wurden laut Marktbericht im Berliner Kartoffelgroßhandel vom 14. bis 16. Oktober folgende Preise (für 100 Kilogramm gute, gesunde Ware, ab Berliner Bahnhöfen) gezahlt: Dabersehe Kartoffeln 6,50 bis 8 M., Magnum bonum 6,50 bis 8 M., Wollmann 6 bis 7,50 M., Silesia und andere rund weiche Speisepotatoffeln 6 bis 7,50 M. Im Marktbericht wird dafür folgende Begründung gegeben: „Die Nachfrage

nach Speisepotatoffeln war in der zweiten Wochenhälfte sehr stark. Wenn auch die Zufuhr in der vergangenen Woche eine weitere Steigerung erfahren hat, so hielt diese mit der gestiegenen Nachfrage doch nicht gleichen Schritt. Die Preise sind daher fest. Infolge von Wagenmangel wurden die Zufuhren sehr beeinträchtigt, und es werden vielfach auf dem Lande den Besitzern steigende Preise bewilligt, um nur Ware zur Befriedigung der starken Nachfrage heranzubekommen. Die Zufuhren auf den wichtigsten Berliner Eingangsbahnhöfen betragen in der Woche vom 11. bis 17. Oktober 9741,5 Tonnen gegen 8083 Tonnen in der Vorwoche.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ bestreitet zwar energisch, daß die künstliche Zurückhaltung der Vorräte dabei irgendeine nennenswerte Rolle spiele. Daß trotzdem dieser Grund wesentlich mitspielt, mag aus folgender Zuschrift an die „Frankfurter Zeitung“ aus Marburg ersicht werden:

„Obwohl auch die hiesige Gegend eine Rekord-Kartoffelernte gehabt hat, kann die städtische Bevölkerung, die hier meistens von Produzenten direkt kauft, keine Kartoffeln zu angemessenen Preisen erhalten. Auf dem letzten Wochenmarkt war nur ein Wagen mit Kartoffeln erschienen. Die Bauern lehnen es ab, zu dem festgesetzten Höchstpreis zu verkaufen; sie erklären, die Kartoffeln bei so „niedrigen Preisen“ lieber verfüttern oder bis zum Frühjahr warten zu wollen, wo die „Städter schon andere Preise zahlen müßten“. Vor der Beschlagnahme glauben sie sicher zu sein, da diese nach der Bundesratsverordnung erst bei einer Kartoffelanbaufläche von mehr als 10 Hektar zulässig ist. Solche landwirtschaftlichen Betriebe gibt es aber in hiesiger Gegend, wo der Kleinbetrieb wie auch im ganzen Westen vorherrscht, nur ausnahmsweise. Soweit sich Bauern zum Verkauf bereitstellen, halten sie sich nicht an den Höchstpreis. Dieser schreibt nur die Anfuhr bis zum nächsten Güterbahnhof vor; da aber die meisten Transporte weiter sind, so berechnet man derartige Anfuhrkosten, daß dadurch der ganze Höchstpreis illusorisch wird. Auch treiben auswärtige Händler die Preise in die Höhe, da sie mehr als den Höchstpreis zahlen. Geht es so weiter, so wird man hier mit der ungeheuerlichen Tatsache rechnen müssen, daß die hiesige Gegend fast im Kartoffellegen erstickt, die konsumierende Bevölkerung aber solche zu angemessenen Preisen nicht erhalten kann und man schließlich zum Bezuge aus dem Osten schreiten muß, während hier unterdessen wieder Tausende von Zentnern verfaulen.“

Die Verhältnisse werden anderswo ähnlich liegen.

Die preussische Ausführungsverordnung für die Kartoffelversorgung ist erschienen. Sie regelt den Verkehr zwischen den Kommunalandverbänden und der Reichskartoffelstelle. Zu § 7 der Bundesratsverordnung, der die Kartoffelerzeuger mit mehr als 10 Hektar Kartoffelanbaufläche verpflichtet, 10 Proz. ihrer gesamten Kartoffelernte bis zum 29. Februar 1918 zur Verfügung des Kommunalandverbandes zu halten, wird bestimmt: Der Zweck der Verordnung ist, die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu angemessenen Preisen zu jeder Zeit und an jedem Orte bis zum kommenden Frühjahr sicher zu stellen. Die weitere Versorgung ist in der Verordnung nicht geregelt worden. Der Erlaß von Bestimmungen im Sinne des § 7 Absatz 8 über die Durchführung der erwähnten Verpflichtung der Groß-Kartoffelerzeuger bleibt vorbehalten. Die Festsetzung des Entzignungspreises erfolgt durch den Landrat, in Stadtreisen durch den Gemeindevorstand. Auf Beschwerde entscheidet der Regierungspräsident, in Berlin der Oberpräsident.

Die Städtische Kartoffelversorgungsstelle Düsseldorf gibt jetzt erstmalig die Engros-Höchstpreise für Kartoffeln bei Abnahme von mindestens 10 Zentnern bekannt. Sie betragen für die erste Sorte 4,80 M. und für die zweite Sorte 4,50 M. pro Zentner, lieferbar zwei Wochen des Verbrauchers. Bei Mengen unter 10 Zentner erhöht sich der Preis um je 20 Pf. pro Zentner.

Die Kartoffelhändler werden sich über diese Höchstpreise, die viermal so hoch als die Kartoffelpreise normaler Zeiten sind, nicht beschwert fühlen; viel höher könnten die Preise auch ohne städtische Bemühung nicht getrieben werden.

Verdorbenes Mehl.

Immer wieder kommen Mitteltungen, daß größere Mengen von Nahrungsmitteln infolge Unachtsamkeit verderben. So findet sich in der „Frankfurter Zeitung“ (Morgenblatt vom 18. Oktober) folgendes Inserat:

100 Sack Mehl,

das nicht mehr zu menschlichen Nahrungszwecken verwendbar ist, abzugeben.

Ein Kommentar zu dieser Ankündigung ist überflüssig. Die empörende Tatsache spricht für sich und sie macht es verständlich, daß im Lande die Entrüstung wächst. Während Hunderttausende nicht wissen, woher sie das Notwendigste zum Unterhalt des Lebens nehmen sollen, verderben wichtige Nahrungsmittel in Massen.

Die Bierpreiserhöhung.

Wir erwähnten bereits, daß Verhandlungen über eine weitere Heraufhebung des Bierpreises schweben. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin erklärt, erstreden sich die Verhandlungen über ganz Deutschland und werden von sämtlichen wirtschaftlichen Verbänden und Brauereien geführt. Anlaß ist die weitere Verteuerung aller Bedarfsartikel und Betriebsmittel der Bierbrauereien, besonders die weitere Preissteigerung von Gerste und Malz. Soweit der Berliner Bezirk in Betracht kommt, ist eine Preissteigerung wahrscheinlich um 5 Mark zu erwarten, so daß der Festpreis ab dann 82 M. kosten würde, nachdem er im Februar und April bereits um 2 M. bzw. 5 M. erhöht wurde. Aus Brauereikreisen wird berichtet, daß, auch wenn der Preisauflage den erwähnten Umfang annimmt, noch immer ein Drittel bis die Hälfte der durch den Krieg verursachten Mehrkosten von den Brauereien selbst getragen werden. Man nimmt in Berlin an, daß die Preiserhöhung etwa am 1. November d. J. in Kraft greifen wird.

Letzte Nachrichten.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 19. Oktober. (B. L. B.) Das Hauptquartier meldet von der Dardanellenfront: In der Nacht zum 19. Oktober griffen unsere Aufklärungsabteilungen feindliche Aufklärungsabteilungen an, warfen sie bis zu den Schützengräben ihrer Hauptlinie zurück und fügten ihnen schwere Verluste zu. Bei Ari Burum und Sedd ul Wahr örtlich beschränkter Feuerkampf und Bombenwerfen. An den anderen Fronten nichts von Bedeutung.

Der bulgarische Vormarsch.

Budapest, 19. Oktober. (B. L. B.) „Az Est“ meldet aus Sofia: Wie der bulgarische amtliche Bericht vom 16. Oktober meldet, sind die Bulgaren am 15. Oktober in die Stadt Branja eingezogen und haben außerdem Gori Palanca und Kotischana besetzt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeitsvermittlung in Berlin und der Provinz Brandenburg vor und während der Kriegszeit.

Nach dem vorliegenden Geschäftsbericht des Verbandes der Märkischen Arbeitsnachweise herrscht auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung trotz der sich ihr besonders bei Kriegsausbruch entgegenstellenden Schwierigkeiten eine äußerst rege Tätigkeit. Es zeigte sich das vornehmlich, als es galt, die Ernte hereinzubringen, der Kriegsindustrie die erforderlichen Arbeitskräfte zu verschaffen, den großen Bedarf der Heeresverwaltung an Schanzarbeitern schnell zu befriedigen, die Kontrolle der von den öffentlichen Körperlichkeiten unterstützten Arbeitslosen durchzuführen und die Arbeitskräfte aus den vielfach brachliegenden Export- und Zugindustrien, dem Holz- und Baugewerbe in die Industrien überzuleiten, die eine gesteigerte Nachfrage aufwiesen. Die hierbei vom Verbands geleistete Arbeit und erzielten Erfolge gehen daraus hervor, daß im Jahre 1914/15 495 663 Arbeitsvermittlungen gegen 268 366 im Vorjahre stattfanden bei 618 477 bzw. 343 002 offenen Stellen und 810 153 bzw. 405 129 Stellengesuchen.

Am den besonders in Berlin vorhandenen Mängeln der landwirtschaftlichen Stellenvermittlung abzuwehren, hatte der Verband im Jahre 1913 mit Unterstützung des Landwirtschaftsministeriums und der Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg den Märkischen Arbeitsnachweis für landwirtschaftliches Personal gegründet, dem in der Folge eine Nebenstelle in der Gormannstraße, sowie der Verein „Dienst an Arbeitslose“ und die „Gesellschaft zur Pflege für die zuziehende männliche Jugend“ angegliedert wurden. Die Tätigkeit dieser Vermittlungsstellen, die nicht bloß die Provinz Brandenburg, sondern auch die anderen Provinzen und Bundesstaaten mit landwirtschaftlichem Personal versehen, war überaus erfolgreich. Ihr Ergebnis stellte sich auf 9419 vermittelte Stellen bei 14 506 Stellengesuchen und 12 749 offenen Stellen im Jahre 1914/15.

Der schlechten Konjunktur im Jahre 1913/14 entsprechend war auch die Arbeitsvermittlung für Industriearbeiter gegen 1912/13 zurückgegangen. Besonders stark trat dies bei der Metallindustrie, der Holzindustrie und dem Baugewerbe hervor, wodurch die andern Industriezweige in Mitleidenschaft gezogen wurden. Der Ausbruch des Krieges verschlechterte zu Anfang den Arbeitsmarkt noch mehr, rief dann jedoch einen Umchwung der Verhältnisse hervor. Es war dies einerseits zurückzuführen auf den durch die Einberufungen bedingten Arbeitermangel, andererseits auf die im Zusammenhang mit dem Kriege neugegründeten Industrien. Die hierbei mit großem Erfolge entwickelte Tätigkeit des Verbandes Märkischer Arbeitsnachweise, die vornehmlich in den hohen Gesamtzahlen der Arbeitsvermittlung des Jahres 1914/15 zum Ausdruck kommt, zeigt, daß sein Bestreben, die Provinz mit einem reich geleiteten Arbeitsnachweise zu überziehen, sehr zweckdienlich ist.

Es trat dies auch bei der Einrichtung von besonderen weiblichen Abteilungen in verschiedenen Orten zutage, wobei auch die nach Kriegsausbruch vom Zentralverein zur Entlastung des weiblichen Arbeitsmarktes in Berlin errichteten Kriegsbetriebs-Berlinstätten große Bedeutung erlangten, da sie 8000 Frauen Arbeit und Lebensunterhalt verschafften bei einem Jahresumsatz von 4 000 000 M.

Wurde dem Heil der Verband auch auf die Arbeitsvermittlung erwerbsbeschränkter Personen, Lungenkranker, Taubstummer u. a., sein Augenmerk gerichtet. Trotz dieser schwierigen Aufgabe war hierbei von 448 Fällen in nur 152 die Vermittlung ergebnislos.

Die von dem Verband Märkischer Arbeitsnachweise entfaltete Tätigkeit auf allen Gebieten der Arbeitsvermittlung, die auch dem Handwerk durch die 1912 ins Leben gerufene Zentralfstelle für Lehrstellenvermittlung gerecht zu werden versucht — nach dem Geschäftsbericht wurden 1913/13 auf 9014 offene Lehrstellen 4209, 1914/15 auf 8231 offene Stellen 3020 Lehrlinge vermittelt —, war somit von bestem Erfolge gekrönt. Seine bisherige erfreuliche Entwicklung und zutage getretenen Erfolge bieten auch bei der ihm jetzt übertragenen Mitwirkung an der Arbeitsvermittlung für die Kriegsbeschädigten für die Provinz Brandenburg und nach Friedensschluß die Gewähr für ein allen Teilen unseres wirtschaftlichen Lebens ersprießliches Wirken.

Die Hausdiener in den Waren- und Kaufhäusern hatten am Montag eine Branchenversammlung, in der eine Uebersicht über die Gestaltung ihrer Verhältnisse während der Kriegszeit gegeben wurde. Nach Kriegsausbruch wurden in den Waren- und Kaufhäusern sehr viele Hausdiener entlassen, darunter selbst Leute, die 20 Jahre ihre Stellung hielten. Der andere Teil mußte sich damals vielfach Lohnreduzierungen gefallen lassen. Eine gute Wirkung hatte es dann, daß man sich angefangen der Lieferungen für Militär an die Militärbehörden wandte, welche den mit Militärleistungen betrauten großen Firmen die Entziehung für den Fall androhte daß sie nicht das volle Gehalt zahlten. Darauf wurde das volle Gehalt wieder gezahlt. Andere Firmen haben aber noch über Weihnachten hinaus bis in den Februar hinein es bei den Abgängen bewenden lassen. Dabei war die Tätigkeit im Geschäft dieselbe, ja zum Teil größer, und mußte vom verringerten Personal gemacht werden, was natürlich eine gesteigerte Tätigkeit der Einzelnen bedeutet. Die rührige Tätigkeit der Organisation erreichte, daß schon zu Anfang des Jahres 1915 einzelne Firmen Kriegsteuerzulagen bewilligten. Die Einwirkung in dieser Richtung wurde fortgesetzt und hatte verschiedentlich Erfolg. Es waren dabei aber auch Fälle zu verzeichnen, wo man sich die Entscheidung von Fall zu Fall vorbehielt und wo nicht alle Kollegen desselben Geschäfts in den Genuss einer Steuerzulage kamen. Eine Anzahl Firmen stellten auch auf ein Zirkular hin, daß die Wünsche der Kollegenchaft enthielt, fest, daß sie den Familien der militärisch Eingezogenen Unterstützungen gewährten. Bis auf wenige, die freiwillig die Kriegsteuerzulage zahlten, haben sich die Unternehmer immer erst auf Drängen zu den Zuehändnissen bewegen lassen. Einzelne Warenhäuser erklärten, finanziell nicht dazu in der Lage zu sein. Zu verweisen ist darauf, daß die Zeitschrift der Warenhausbesitzer und der „Konfessionär“ öfter mitteilten, die Geschäfte gingen gut und die Einnahmen hätten die Höhe wie in Friedenszeiten erreicht. Obwohl der Arbeitgeberverband im Handels- und Transportgewerbe, dem auch der Verband der Warenhausbesitzer zugehört, an die Arbeitgeber die Mahnung gerichtet hat, Steuerzulagen zu zahlen, gibt es immer noch große Kaufhäuser, die es nicht oder nicht nennenswert tun. — In der Versammlung wurde darüber geklagt, daß die Löhne überhaupt nicht den Zeitverhältnissen entsprächen. Beim Hoflieferanten Gerion bewegten sich die Gehälter zwischen 95 M und 120 M monatlich und bei G. Cordt sei der Höchstlohn wöchentlich 29 M. Selbst verheiratete Leute hätten hier noch niedrigere Löhne. Es lämen Löhne von 24 M. vor. Auch die Ausdehnung der Sonntagsarbeit tadelte ein Redner.

Als Beispiel für die Bedeutung der Organisation wurde angeführt, daß der Deutsche Transportarbeiterverband in der Kriegszeit für 65 397 Personen in 3423 Betrieben eine Steuerzulage im Gesamtbetrage von 189 074 M. pro Woche erreicht hat.

Aus Industrie und Handel.

Hohe Preise — billige Arbeitskräfte.

Dem „Berl. Lokal-Anz.“ wird geschrieben: Von den Lebensmitteln die in Deutschland erzeugt werden, gehört bekanntlich der Zucker zu denjenigen, woran wir großen Ueberfluß haben. Deutschland ist nicht in der Lage, annähernd soviel Zucker zu verbrauchen, wie es erzeugt, und wiederholt haben sich Regierungskammern vernehmen lassen: die Bevölkerung möge mehr Zucker essen, der Ueberfluß sei groß, zumal der Export vielfach unterbunden ist. Die Mübenernte war im Vorjahre außerordentlich groß und ergiebig; in diesem Jahre verpricht sie, einen Rekordtrag zu liefern. Trotzdem ist der Zucker, an dem wir einen so großen Ueberfluß im Lande haben, seit dem vorigen Jahre um über 25 Prozent im Preise gestiegen. Im Berliner Kleinhandel kostete der Zucker vor dem Kriege das Pfund rund 22 Pf., jetzt rund 30 Pf. Warum? — Nun das Gegenbild. Die größte Zuckerraffinerie befindet sich in der Altmorl. Sie zahlte 20 Proz. Dividende gegen 10 Proz. im vorhergehenden Jahre. In diesem Jahre verleiht noch nichts Näheres über die Dividende, doch wird ein geradezu labelhafter Satz genannt. Die Fabrik hat dabei billige Arbeitskräfte; in der gewaltigen Raffinerie arbeiten Hunderte von Russen. Billige Arbeitskräfte, ungebauer viel Mühen, ungeheuer viel Zucker — und trotzdem Preistreiber!

Hier ist also auch etwas zu tun für die „Reichsversorgungsstelle“.

Kriegsgewinne.

Die Aktien-Zuckerfabrik Vennigien erhöht die Dividende von 4 auf 12 Prozent.

Die Ronneburger Kammgarnweberei Romig & Co. u. S. erhöht ihre Dividende von 4 auf 5 Proz.

Kohlenförderung. Nach dem Bericht des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats für September hat sich die allgemeine Lage des Kohlenmarktes im Berichtsmonat nicht verändert. Die Nachfrage blieb fortgesetzt lebhaft. Die Förderleistung der Zechen hielt sich auf der Höhe des Vormonats. Der Rückgang, den das Abgabenergebnis in Kohlen und Bricketts erfahren hat, ist auf den erhöhten Kohlenbedarf für die Kolbenzeugung zurückzuführen. Der Kohlablauf weist eine weitere erhebliche Steigerung auf.

Der Gesamtabfuhr in Kohlen einschließlich des Kohlenbedarfs für die Koks- und Bricketterzeugung belief sich auf 6 487 752 Tonnen; gegenüber der 6 331 704 Tonnen betragenden Förderung ergibt sich demnach ein Mehrabfuhr von 126 048 Tonnen, der auf die aus den Lagerbeständen der Zechen abgeleiteten Mengen (hauptsächlich Koks) entfällt. Die Förderung stellte sich auf insgesamt 6 331 704 (Vormonat 6 331 066, Vorjahr 5 509 525) Tonnen, oder arbeitstäglich auf 243 527 (Vormonat 243 503, Vorjahr 211 005) Tonnen.

Der Eisenbahnverband wurde namentlich im letzten Monatsdrittel durch stärkeren Wagenmangel beeinträchtigt, der auf einer Reihe von Zechen auch Ausfälle in der Förderung zur Folge hatte.

Buchdruckereien im Kriege. Die Buchdruckerei Strauß Aktiengesellschaft in Berlin bezeichnet im Geschäftsbericht für 1914/15 das verfloßene Betriebsjahr als das unglücklichste, das die frühere Strauß- bzw. die frühere Marfels-Gesellschaft seit ihrem Bestehen gehabt hat. Die Gesellschaft mußte die Ertragsweise und den Umfang ihrer Zeitungen nicht unwesentlich beschränken. Die Einnahmen an Interaten und Abonnements betrugen in diesem Geschäftsjahre nahezu 600 000 M. weniger als im Vorjahre. Dabei stehen sich die Unkosten für die Herstellung der Zeitungen nicht herabsetzen. Der Betriebsgewinn ist auf 824 035 M. (i. V. 1 262 445 M.) gesunken. Das Aktienkapital von 2 M. M. bleibt abermals dividendenlos. Die Aussichten sind wenig günstig.

Zur Aufklärung!

Seit einigen Tagen werden Gerüchte verbreitet, daß ich Ende der vorigen Woche in meinen Filialen das Pfund Butter mit Mark 3,50 verkauft haben soll, auch ist behauptet worden, daß ich in Kühlräumen und meinen Kellereien Tausende von Fässern mit Butter zurückhalte, um späterhin einen höheren Preis dafür zu erzielen.

Daß diese Gerüchte auf Unwahrheiten beruhen, kann ich durch Vorlegung meiner Bücher und Originalrechnungen beweisen. In meinen Geschäften wurde laut den von der Polizei abgestempelten und in den Schaufenstern hängenden Preistafeln Butter pro Pfund mit Mark 2,80—2,90—3,00 verkauft, und habe ich feststellen lassen, daß die Konkurrenz bedeutend höhere Preise forderte.

Auch ist unwahr, daß von meinem Personal unpassende Redensarten dem Publikum gegenüber geführt wurden.

Ich bitte die geehrte Kundschaft, mir auch fernerhin das bisher geschenkte Vertrauen entgegenbringen zu wollen, und werde ich stets bemüht sein, meine Waren zu den billigsten Tagespreisen zu verabsolgen.

V. F. Assmann,

Butterhandlung.

Aus Groß-Berlin.

Städtischer Konservenverkauf.

Weitere Lebensmittel bringt die Stadtgemeinde Berlin in Form von Konserven in den städtischen Verkaufsstellen für Fettwaren sowie für Gefrierfleisch nunmehr in den Handel, und zwar unter den gleichen Bedingungen wie die übrigen zum Verkauf gestellten Lebensmittel abgegeben wurden, das heißt, gegen Vorzeigung einer von der zuständigen Brotkommission ausgestellten Berechtigungskarte, die schon zum Bezuge der früher verausgabten Lebensmittel (Kartoffeln, Fleisch, Eier, Deringe usw.) berechtigte.

Die Preise sind folgendermaßen festgesetzt:

Table with 2 columns: Item (Schweinefleisch, Leberwurst, Blutwurst, Sülze) and Price (1.45, 1.20, 1.10, 1.30).

Wurst.

Zwei hübsche Verkäuferinnen waren es, die in einem hiesigen großen Geschäft, im Stand für „billige Lebensmittel“, dem Publikum Fleisch- und Wurstwaren verarbeiteten. Unwillkürlich leitete der Anblick solcher blühender Wesen zu dem Gedanken hinüber, daß auch die durch sie zum Verkauf gelangenden Waren appetitlich sein müßten. Es gab ziemliches Gedränge vor dem Stand, so daß man Zeit hatte, einen Ueberblick zu machen, wie weit die Koneneten zu einem Einkaufe reichten würden, mit dem der Hausmutter eine kleine freudige Ueberraschung bereitet werden sollte. Allzu hoch durfte die Ausgabe nicht werden, und so entschied ich mich schließlich zu dem Ankauf einer Rostwurst. Es war freilich nur ein recht kurzes Ding, das ich für 1,30 M. erhielt. — Teure Zeit! Schmunzelnd wurde die Wurst zu Hause von der Gattin angeknipst, aber so weh, was gab das für eine Ueberraschung! Der Inhalt bestand aus Stücken einer Schwarte, die im gegebnen Zustande das prächtigste Leder gegeben haben würde, so hart und für die Zähne unangreifbar waren die Stücke. Das war ein schöner Reinkauf, aber es sollte noch besser kommen. „Mit dem Zeug kann doch unmöglich die ganze Wurst angefüllt sein“, meinte kochkühlend die Hausfrau. Sie fing an den Inhalt auf einen Teller zu entleeren und es kam in der Tat noch anderes zum Vorschein. Aber was? Wurstspindel, regelrechte Wurstspindel mit Strippe, wie sie bei dem Anknipen der Würste abfallen. In meinem ersten Zorne wollte ich das Gemengsel zusammenpacken und nach dem Geschäft zurücktragen. Aber schließlich sagte ich mir, es ist schade um das Fahrgeld, denn ich werde dort nur zu hören bekommen: „Nann, was wollen Sie? Seien Sie ganz zufrieden, daß Sie in heutiger Zeit für eine Wurst und dreißig Pfennige noch Wurstspindel erhalten!“ Aber geistworen habe ich, nie, nie wieder Wurst zu kaufen, und wenn die Verkäuferinnen noch so blühender und appetitlich ausschauen. Tags darauf las ich zufällig von den riesigen Dividenden, welche Fleischwarenfabriken verteilen. Kein Kunststück, wenn dem Publikum für sein gutes Geld solcher Dreck angeknipst wird.

Zur Lebensmittelfrage

Haben bereits am vergangenen Donnerstag mit Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordneten die Genossen Hünge und Hoffmann eine Besprechung beim Oberbürgermeister gehabt, in welcher dieselben die Wünsche der Fraktion mündlich vortrugen und eine schriftliche Formulierung überreichten, die sich besonders mit einer anderen gerechteren Verteilung der Fett- und Fleischwaren und anderer Vorräte der Stadt beschäftigte und Vorschläge zu einer besseren Organisation des Verkaufs der städtischen Waren machte. Ferner wurde die Freigabe der städtischen Vorräte an Hülsenfrüchten, Reis usw. gefordert und ihre Abgabe nicht nur wie bis jetzt an die städtischen Arbeiter, sondern auch an die übrigen mittellosen Einwohner verlangte. Auch eine Anregung für Erhöhung des Sammelfonds der einzelnen Kriegsunterstützungskommissionen wurde gleichfalls gegeben.

Der Oberbürgermeister, welcher zwei Stunden vorher sich selbst über die Zustände bei dem städtischen Fleischverkauf am Viehhofe orientiert hatte, versprach, alles Mögliche zur Abhilfe zu tun. Wir hoffen, daß die Beratungen am Donnerstag durch die Stadtverordneten die Angelegenheit noch fördern wird. Das ist dringend notwendig.

Gestern hatten die Vertreter der gewerkschaftlichen Verbände der Arbeiter und Angestellten (freie, christl., kirchl., Dunderläse Gewerkschaften, Soziale Arbeitsgemeinschaft der gewerkschaftlichen Angestelltenverbände) eine längere Besprechung mit dem Oberbürgermeister Bermuth und dem zuständigen Dezerenten Stadtrat Rückebel. Sie trugen ihre Beschwerden über die Gestaltung der Lebensmittelversorgung und die durch den ungeheuren Lebensmittelwucher entstandene Stimmung in der gesamten Bevölkerung vor und fanden mit ihren Vorschlägen zur Milderung dieser Mißstände beim Stadtoberhaupt entgegenkommendes Verständnis. Die Aussprache ergab, daß die Stadt Berlin allein nicht in der Lage ist, durchgreifende Abhilfe zu schaffen, wenn das Reich nicht endlich entschiedene Maßnahmen trifft.

Ein Petroleumschwindler tritt in allen Stadtteilen wieder auf und hat schon viel Geschäftsleute arg geschädigt. Er besucht namentlich Seifenhandlungen und bietet zunächst Seife, Fußmittel, Strohbinde usw. an. Endlich läßt er dann durchblicken, daß er auch rundumliegendes Petroleum liefern könne, dieses aber nur, wenn ihm die Hälfte des Kaufpreises im voraus gezahlt werde. Weil der Preis, den er fordert, angemessen erscheint, so bestellen die Leute gern, weil sie froh sind, von dem kostbaren und seltenen Brennstoff wieder etwas bekommen zu können. Auf die Lieferung aber warten sie vergeblich. Auch von der bestellten Seife und den anderen Sachen erhalten sie nichts. Der Gauner nennt sich Reisender Viktor Sipak und hat als seine Wohnung fälschlich Gartenstr. 89 angegeben. Da der Name richtig ist, weiß man nicht, es handelt sich um einen Mann, der mehrere jetzt betrogene Geschäftsleute früher schon als Reisender bekannter Firmen besucht hatte. Die Geschädigten, die 20—25 M. und noch mehr einbüßen, beschreiben ihn übereinstimmend als einen großen, schlanken Mann von etwa 29 Jahren.

Totgefahren.

Ein tödlicher Straßenunfall hat sich in Niederlehndeweide zurgetragen. Der sechsjährige Hans Klein, dessen Eltern in der Brückenstraße 27 wohnen, war gestern nachmittags gegen 4 Uhr von seiner Mutter zum Wäcker geschickt worden. Als er den Fahrdamm der Brückenstraße überqueren wollte, überließ er, da ihm ein Fußweg die Aussicht verwehrte, das Perannahen eines Straßenbahnwagens aus entgegengelegter Richtung. Der Knabe wurde umgerissen und geriet unter den Vorderperren. Er erlitt eine schwere Wunde an der linken Kopfseite, der er alsbald erlag.

Bei einem Zusammenstoß zwischen einer Kraftdroschke und einem Kohlenwagen verunglückte gestern nachmittags am Lessingtheater die Ehefrau des Lehrers Adler aus der Hochstraße 25 und ihre 8 Jahre alte Tochter Hildegard. Die Droschke war bei dem Zusammenstoß ins Schleudern geraten und hatte die auf der dort befindlichen Schuhinsel stehenden beiden Personen zu Boden geworfen. Das Kind trug einen schweren Unterschenkelbruch davon, während die Mutter mit leichteren Verletzungen davonkam.

Im Berliner Aquarium ist die Süßwasser-Abteilung jetzt besonders gut besetzt, ja sie kann sich sogar eines seltenen Zuchterfolges rühmen: die kleine Schar von Gründlingen, der ständigen Mitbewohner der japanischen Niesen-Salamander, hat Nachkommenchaft erzeugt und vermehrt sich fortwährend weiter. Der aufmerksame Beobachter findet nicht auf den Steinplatten und über dem Kies die zum Teil äußerst winzigen, zum Teil auch schon etwas herangewachsenen Fischchen ihrer Nahrungstuche obliegen. Gerade unsere einheimischen Fische sind größtenteils schwer zu halten und noch schwerer zu züchten, so daß es schon sehr natürlicher Bedingungen bedarf, wenn sie zur Fortpflanzung schreiten sollen.

Die verkauften Stiefel. Am 18. Oktober sind bei der Musterung der V. Erlaßkommission im Anleideraum ein Paar Stiefel verkauft worden. Die zurückgelassenen Stiefel sind dem Besitzer zu klein. Es wird deshalb auf diesem Wege um Umtausch gebeten bei Ernst Strohschein, Berlin N, Ramlersstr. 9, Quergeb. IV.

Kleine Nachrichten. Vom Schiffbauerdamm in die Spree gesprungen ist in der vergangenen Nacht eine unbekannte Frau, die nicht näher beschrieben werden kann. Sie ging sofort unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Die Leiche ist noch nicht geborgen. Die Frau ließ Hut und Handtasche am Ufer zurück. — Den Tod im Wasser suchte und fand auch die 22 Jahre alte Schneiderin Auguste Rothenberg aus der Ebersfelder Str. 7. Sie sprang vom Vundebrodtrastufer in die Spree. Auch ihre Leiche ist noch nicht gefunden. — Aus dem Stadtschleusenkanal gelandet wurde an der Unterwasserstraße die Leiche einer 35 Jahre alten Frau Marie W. aus der Melchiorstraße, die in glücklicher Ehe lebte und Mutter von vier Kindern war. Sie hat Krankheit in den Tod getrieben, ebenso den Privatmann Albert B. aus der Bergmannstraße, der sich erhängte, weil er schwer an Atemnot litt. — Pflilos aufgehoben wurde gestern abend um 6 Uhr am Königstor eine alte Frau, die wohl auf dem Wege zu einer Metallammelstelle war. Sie wurde besinnungslos nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht und ist noch nicht wieder zu sich gekommen. Die mittelgroße und etwa 60 Jahre alte Frau scheint dem Mittelstande anzugehören. Sie trug einen Blüschumbaum und schwarze Halbhuße, keine Kopfbedeckung. Bei sich hatte sie einen kleinen Wäschekorb und eine schwarze Paritasche, die drei Schlüssel enthielt.

Aus den Gemeinden.

Tenerunginterpellation in Neukölln.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat zur nächsten Stadtverordnetenversammlung eine Interpellation eingebracht, in der sie den Magistrat um Auskunft erucht, welche Maßnahmen er beabsichtigt, um der bestehenden Lebensmittelteuerung entgegenzuwirken.

Niederlegung eines Stadtverordnetenmandats.

Der in letzter Zeit vielfach genannte Stadtverordnete Baumann aus Charlottenburg, der dort längere Zeit als Reichskommissionär funktionierte, hat jetzt sein Mandat niedergelegt.

Lebensmittelverkauf in Reinickendorf.

Von heute ab verkauft die Gemeinde in ihren Lebensmittelverkaufsstellen auch Deringe. Der Verkauf erfolgt nur Mittwochs und gegen Vorzeigung der für Reinickendorf gültigen Brotkarten. Es werden an eine Person im Höchstfalle nur 15 Deringe auf einmal abgegeben. Der Preis beträgt 15 Pf. für das Stück.

Der Verkauf der Fettwaren hat eingestellt werden müssen, da die angekauften Waren nicht angeliefert worden sind. Er dürfte in Kürze wieder aufgenommen werden.

Rein 9-Uhr-Gaudekluß in Weihensee.

Die Aufhebung einer Polizeiverordnung verlangten die Grundbesitzer, damit sie das Recht bekämen, während der Kriegszeit um 9 Uhr abends die Häuser zu schließen, um in der Hauptachse an Fluß- und Treppenbeleuchtung zu sparen. Vernünftigerweise machte die Mehrheit der Gemeindevertretung diesen „Rückschritt“ nicht mit und so müssen nach wie vor die Häuser bis um 10 Uhr geöffnet und auch beleuchtet sein.

Neuregelung der Mietbeihilfen.

In der gestrigen, unter der obigen Ueberschrift abgedruckten Notiz ist durch einen Irrtum der Ort weggelassen worden. Diese Neuregelung der Mietbeihilfen bezieht sich nur auf Weihensee.

Soziales.

Bleiweißverbot.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen verboten, die Augenlider von Säuglingen, sowie Mauern oder Zäune mit Farben anzustreichen, zu deren Herstellung Bleiweiß und Zinnblei verwendet ist. Der Reichsanwalt kann Ausnahmen zulassen. Zuwiderhandlungen gegen das Verbot sind mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit Gefängnis bedroht. Die Verordnung tritt am 26. Oktober in Kraft. Öffentlich wird die Verwendung von Bleiweißfarben bei Bauwerken aus gesundheitlichem Interesse auch nach dem Kriege allgemein verboten werden.

Ein Liebesbrief mit Firmenaufdruck.

Ist das Schreiben eines Liebesbriefes auf einem Geschäftsbriefbogen, der den Firmenaufdruck trägt, ein so großes Verbrechen, daß es eine sofortige Entlassung der Briefschreiberin rechtfertigt?

Eine Kontoristin der Aktiengesellschaft Achmebes war Ankl und Haft entlassen. Ihrer Klage auf Gehaltszahlung setzte die Beklagte den Einwand entgegen, die Klägerin habe brieflich Liebesgeschleife einem Geschäftsbogen mit Firmenaufdruck anvertraut. Es sei der Inhalt der Epistel recht verkäuflich — natürlich nur für die, an die die Sünderin mit schrieb. Erhalte nun einer derer, die der Brief nicht erreichen sollte, durch Zufall den Brief, so würde die Gesellschaft geschädigt. Deshalb sei die Entlassung berechtigt gewesen. Das Kaufmannsgericht nahm an, das Verbrechen der Klägerin sei nicht leiblich gewesen, aber die Vernichtung eines einzigen Briefbogens zur Privatkorrespondenz rechtfertigte die sofortige Entlassung nicht. Die Firma wurde zur Zahlung verurteilt.

Verweigerung des Kriegsscheins.

Der von einem Granatendreher auf Schadenersatz wegen Verweigerung des Kriegsscheins beim Gewerbeamt verklagte Fabrikant Nischke machte für sich geltend, daß die auf Erteilung des Kriegsscheins bezüglichen Bestimmungen und

Vereinbarungen für ihn nicht bindend seien, denn das seien private Vereinbarungen, an denen er nicht mitgewirkt habe. Sie seien getroffen zwischen Verbänden, denen er nicht angehöre.

Das Gericht (Kammer 5) entschied: Die hier in Frage kommenden Verfügungen der Feldzeugmeisterei seien dem Beklagten, der Kriegsmaterial anfertigt, zugestellt, also auch für seinen Betrieb maßgebend. Er hätte deshalb dem Kläger, der zuerst gegen den Willen des Beklagten aufhörte, sich aber am folgenden Tage wieder bei ihm zur Arbeit meldete, entweder den Kriegsschein geben oder ihn weiterbeschäftigen müssen. Da der Beklagte kein von beiden tat, so sei er schadenersatzpflichtig für die Zeit, wo der Kläger, weil er keinen Kriegsschein hatte, nicht arbeiten konnte. Die Widerklage des Beklagten, der Schadenersatz verlangte, weil er nach dem Abgang des Klägers einen neuen Arbeiter anlernen mußte und deshalb die Maschine nicht voll ausnützen konnte, wurde als unbegründet abgewiesen.

Ein „prinzipieller Fall“ für die A. E. G.

Eine langwierige Verhandlung vor der Kammer 5 des Oberverwaltungsgerichts veranlaßte eine Klage gegen die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, wobei es sich um ein Streitobjekt von 9,08 M. dreht, der Vertreter der A. E. G. „aus Prinzip“ eine Einigung ablehnte, so daß noch eine sehr unständliche, zeitraubende und in ihrem Ergebnis sehr zweifelhafte Beweisaufnahme erforderlich ist.

Die Klägerin hat im Betriebe der A. E. G. eine maschinelle Teilarbeit an Granaten ausgeführt und ihrer Angabe nach 9,08 M. Arbeitslohn zu fordern, der ihr zu wenig berechnet worden sein soll. Der Vertreter der Firma behauptet dagegen, die Klägerin habe nichts mehr zu fordern. Das Gericht bemühte sich, festzustellen, welche der beiden Parteien mit ihrer Angabe im Recht ist. Aber diese Feststellung gelang noch nicht. Vorerst konnte nur folgendes aufgeklärt werden: Nachdem die einzelnen Arbeiterinnen ihre Teilarbeiten an den Granaten verrichtet hatten, wurden dieselben auf ihre Brauchbarkeit geprüft. Nicht ordnungsmäßig ausgeführte Teilarbeiten wurden nicht bezahlt. Da die Kontrolle immer erst einige Zeit nach Fertigstellung der Arbeit erfolgte, so ergab sich, daß Arbeiten, die in der einen Woche fertiggestellt und abgeliefert wurden, nicht am Schluß dieser, sondern erst am Ende der nächsten Woche bei der Lohnzahlung verrechnet wurden. Hierdurch konnten natürlich Irrtümer vorkommen, um so mehr, als die Kontrolle und die Festlegung der den Arbeiterinnen zu bezahlenden Stückzahl von Angestellten der Firma erfolgte, ohne daß die Arbeiterinnen die Möglichkeit hatten, nachzuprüfen, ob die von ihnen geleisteten Arbeiten richtig verrechnet wurden. Die Klägerin hat sich für einen Zeitraum von drei Monaten die von ihr abgelieferte Stückzahl aufgeschrieben, und ist dadurch zu der Ueberzeugung gekommen, daß ihr zu wenig bezahlt ist. Diese Aufzeichnungen der Klägerin konnte das Gericht aber nicht als Beweis gelten lassen, ebensowenig wie die Angaben der Firma. Nach Ansicht des Gerichts ist das Kontrollsystem der Beklagten durchaus nicht einwandfrei. An dem guten Glauben solle natürlich nicht gezweifelt werden, aber beweiskräftig könne das Ergebnis einer Kontrolle nicht sein, die einseitig von der Firma ausgeführt wird und bei der der andere Teil nicht die Möglichkeit der Nachprüfung hat. Da es nach Lage der Sache wohl nicht möglich sein wird, festzustellen, auf welcher Seite hier ein Irrtum vorliegt, so bemühte sich das Gericht, eine Einigung herbeizuführen. Aber diese lehnte der Vertreter der Firma, Dr. Seifert, sowie der Oberingenieur Schenk „aus Prinzip“ ab. Wer nicht das Vertrauen zu der Firma habe, daß ihre Kontrolle einwandfrei sei, der brauche ja nicht bei ihr arbeiten, meinte Oberingenieur Schenk. Weiter lagte er, die Klägerin wolle durch ihr Vorgehen der Firma Kadelstiche verlegen. Nach ihr würden noch etwa 100 Arbeiterinnen mit einer gleichen Forderung kommen. Deshalb müsse der Fall aus prinzipiellen Gründen durchgefochten werden. Hierauf beschloß das Gericht, im nächsten Termin den Versuch zu machen, aus den Büchern der Firma festzustellen, ob und wie weit die Forderung der Klägerin berechtigt ist.

Aus aller Welt.

Großgrundbesitzer und Lebensmittelnot.

Es ist in der letzten Zeit öfter bekannt geworden, daß preußische Grundbesitzer die Beeren und Pilze ihrer Wäldungen lieber verderben lassen, als daß sie den Sammlern den Zutritt in die Forsten gestatten — trotz der schweren Nahrungsvorgen der Kriegszeit. Ein charakteristisches Beispiel dafür lieferte eine neue Gerichtsverhandlung in Hirschberg. Der Gutbesitzer in Vertheidsdorf im Kreise Hirschberg verbot ebenfalls das Sammeln von Pilzen und Beeren in seinem Walde und beauftragte einen Gutsverwalter, das Sammeln zu verhindern und etwaige Pilzgesammler nach dem Gutshof zu bringen. Der verheiratete Jüngling machte nicht nur das, sondern beschimpfte eine sammelnde Frau und griff sie lässlich an, als sie ihm nicht freiwillig nach dem Gutshof folgen wollte. Es kam zur Klage und der Gymnasiast erhielt 50 M. Geldstrafe zugesprochen. Selbst der Staatsanwalt fühlte sich gezwungen, dem Gutbesitzer zu sagen, daß seine Anordnungen in dieser Zeit besser unterblieben wären.

Maßregelung eines katholischen Pfarrers.

Der „Post“ wird aus Diedenhofen geschrieben Auf Grund einer Verfügung der hiesigen Kommandantur ist der Erzpriester Wagner vor einigen Tagen aus Diedenhofen ausgewiesen und ihm sein Aufenthaltsort in Wüdingen bei Rehewiese (einem Deimatort) angewiesen worden. Eine größere Anzahl angehender Katholiken der Stadt hatte sich beim Bischof Benzler in Reg über das wenig deutschfreundliche Verhalten des Stadtpfarrers beschwert. Niemals kam in seinen Predigten ein Wort des Dankes für die deutschen Siege über seine Lippen. Den Jahrestag des Kriegsausbruchs übergang er mit Stillschweigen. Als man ihm hierüber Vorhaltungen machte, soll er erwidert haben, er habe auf der Kanzel Gottes Wort zu verkünden und keine deutschen Siege. (Wanz nach dem Muster des kürzlich in Straßburg verurteilten Pfarrers Woreau aus Wanzel.) Das Verhalten des Pfarrers wurde den Militärbehörden mitgeteilt, die eine gründliche Untersuchung einleiteten, und deren Ergebnis war die Entfernung des Pfarrers Wagner zur großen Ernüchterung aller deutschen Katholiken.

Zu der Banknotenfälscherische wird noch aus Augsburg gemeldet, daß jetzt auch der Buchdruckerbesitzer Glued in Augsburg, bei dem die Gebrüder Winkler aus einer im Frühjahr von München nach Augsburg gebrachten Postpresse die falschen Scheine angefertigt hatten, nach anfänglichem Leugnen zugegeben hat, daß er an dem Treiben beteiligt war. Er wurde daraufhin Dienstag früh verhaftet.

Das Hochwasser der Oder hat eine gewaltige Ausdehnung erlangt. Der Frankfurter Biegel zeigte heute früh über 5 Meter. Seit 1854 hat man einen solchen hohen Wasserstand nicht beobachtet. In Frankfurt sind schon mehrere Straßen überflutet. Das Wasser ist in einige Keller eingedrungen. Militär, Feuerwehr und Besatzung sind tätig, um die gefährdeten Stellen zu schützen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmittag. Vormittag trübe und neblig, ohne erhebliche Niederschläge; Temperaturen durchschnittlich wenig verändert.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 857 der preussischen Armee bringt Verluste folgender Truppenteile:

Infanterie usw.: Garde: 1., 2., 3., 4. und 5. Gardereg. u. P.; 1. Gardereg.-Reg.; Garde-Gren.-Regimentar Elisabeth u. Augusta; Garde-Schützen-Bataillon; Grenadier-, Infanterie-, Infanterie-Regimentar Nr. 2, 9, 11, 15, 16, 18, 22, 24, 61, 63, 64, 66, 68, 71 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 226), 74, 76, 77, 78, 81, 84 bis einschl. 90, 84 bis einschl. 98, 111, 112, 116, 118, 130, 182, 185, 142, 144, 147, 148, 149, 150, 152, 154, 155, 162, 163, 164, 166, 169, 170, 173, 175, 176, 184, 187, 188, 330, 331. Ref.-Inf.-Regimentar Nr. 11, 12, 15, 16, 18 bis einschl. 22, 57, 59, 60, 61, 64, 66, 70, 71, 75, 81, 82, 83, 84, 87, 88, 90, 93, 110, 201, 203, 204, 205, 207, 209, 214, 217, 218, 221, 223, 226, 227, 231, 232, 236, 256, 257, 258, 260, 261, 265, 276. Landw.-Inf.-Regimentar Nr. 8 (f. auch Fest.-Maschinengewehr-Abt. Nr. 4), 10, 16, 17, 18 (f. auch Landw.-Inf.-Reg. Nr. 84), 21, 23, 66, 75, 80, 81, 83, 84, 99, 110, 115. Landw.-Ersatz-Inf.-Reg. Nr. 1. Landw.-Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 23, 26, 27 (alle drei f. Landw.-Ersatz-Inf.-Reg. Nr. 1). Jäger-Reg. Nr. 2; Bataillone Nr. 1, 2, 5, 6, 10 (f. Jäger-Reg. Nr. 2); Ref.-Bataillone Nr. 3, 8, 18, 22, 24. Inf.-Radfahrer-Komp. der 1. Kav.-Division; Ref.-Radf.-Komp. Nr. 80. Maschinengewehr-Abt. Nr. 1; Ref.-Maschinengewehr-Abt. Nr. 3; 2. Maschinengewehr-Komp. der Landw.-Div. Königsberg; Feld-Maschinengewehr-Zug Nr. 21 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 110); Nr. 34 (f. Ref.-Jäger-Bat. Nr. 18); Festungs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 4 und 9.

Kavallerie: 1. Garde-Blanen; Kürassiere Nr. 3, 5 und 7; Dragoner Nr. 1, 2, 5, 12, 18; Ref.-Dragoner Nr. 2 und 7; Husaren Nr. 3; Ref.-Husaren Nr. 4 und 9; Blanen Nr. 7, 8 (f. auch Ersatz-Abt. Nr. 1 des 1. Armeekorps), 9, 10 (f. Feldfliegertruppe); Ref.-Blanen Nr. 5; Jäger zu Pferde Nr. 3 und 10; Ersatz-Kav.-Regiment Nr. 1 des 1. Armeekorps; Landw.-Kav.-Regimentar

Nr. 90 und 93; Ref.-Kav.-Abt. Nr. 75 (f. Feldfliegertruppe) und Nr. 77.

Feldartillerie: 2. und 6. Garde-Reg.; Regimentar Nr. 1, 5, 6, 8, 11, 15, 16, 17, 18, 20, 23, 33, 35, 38, 42, 52, 54; Reserveregimentar Nr. 5, 7, 9, 14, 15, 16, 21 (f. auch Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 8), 50, 51.

Pionier-Regimentar Nr. 27 und 50; Batterien Nr. 238, 263 und 455. Pionierkommando der 50. Inf.-Division. Pioniere: I. und III. Garde-Bataillon; Garde-Pionier-Komp. Nr. 801; Regimentar Nr. 23 und 35; Bataillone I. Nr. 1, II. Nr. 2, I. Nr. 4, II. Nr. 5, I. Nr. 8, I. Nr. 16, II. Nr. 26. Leichte Minenwerfer-Abteilungen Nr. 286 und 285; Mittlere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 114 und 153; Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 44.

Verkehrsgruppen: Militär-Eisenbahndivision Nr. 3. Fernsprecher-Abteilung des 7. Reservekorps und der 43. Reserve-Division. Feldfliegertruppe.

Train: Divisions-Präsidententrain Nr. 5. Fuhrparkkolonne Nr. 1 und 3 der 56. Inf.-Division. Reserve-Feldbäckereikolonnen Nr. 17 der 25. Reserve-Division.

Reserve-Artillerie-Rundschloß Nr. 52. Sanitätsformationen: Sanitäts-Kompagnien Nr. 3 des 2., Nr. 2 des 4. Armeekorps und Nr. 117 der 117. Infanterie-Division; Reserve-Sanitäts-Kompagnie Nr. 17. des 18. Reservekorps. Armierungs-Bataillone.

Der Schluß der sächsischen Verlustliste Nr. 208, deren Inhalt gestern mitgeteilt wurde, wird veröffentlicht.

Die württembergische Verlustliste Nr. 286 enthält Verluste des Brig.-Ersatz-Bat. Nr. 52; Grenadier-Reg. Nr. 119; Inf.-Reg. Nr. 120, 121; Pionier-Reg. Nr. 122; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 122; Grenadier-Reg. Nr. 123; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 123; Inf.-Regimentar Nr. 124, 125; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 246; Landsturm-Inf.-Bat. Leonberg; Ref.-Dragoner-Reg.; Blanen-Reg. Nr. 19; Ref.-

Sanitäts-Komp. Nr. 54; Verluste durch Krankheiten. Verletzungen früherer Verlustlisten.

Partieveranstaltungen.

Waidmannsbund. Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags 4 Uhr, findet in Hermsdorf, im Lokal von Hötter, Berliner, Ede-Waldkrotze, die Mitgliederversammlung des Waldvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Käthe Dunkel. 2. Vereinsangelegenheiten und Beschlüsse.

Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg. Veranstaltungen in dieser Woche im Jugendheim, Rosenstr. 4. Mittwoch: Lustiger Abend, Reigentanz. Donnerstag: Pflanzungsfeier. Freitag: Mädchenabend; im Festzimmer: Burlesken. Sonnabend: Musikalischer Abend. Gäste willkommen. Sonntag, 24. Oktober: Ausflug nach Kladow. Unkosten 30 Pf. Treffort Sophie-Charlotte-Platz 7 Uhr.

Friedrichshagen. Heute abend pünktlich 8 1/2 Uhr im Jugendheim, Schwanenweg 59: Vortrag des Arbeiterfreifahrer Hermann Müller über „Jugendklub und Jugendlustförderung“. Die Eltern der Jugendlichen sind zu diesem Vortrag besonders eingeladen.

Briefkasten der Redaktion.

2. 2. 20. Die Nähmaschine kann gepfändet werden. Beantworten Sie bei der gerichtlichen Verhandlung Stellung der Zahlung. — P. 2. 5. Sie müssen den Artikel anmelden. Ein Antrag auf Beiziehung wird für diesen Gegenstand keine Aussicht auf Erfolg haben. — C. 23. 100. 1. Ja. 2. Für das Jahr 1915 ist dort jedenfalls eine Erhöhung der Grundsteuer eingetreten. 3. Versuchen Sie es mit einer Reklamation. — G. 37. 1. Das können wir nicht wissen. 2. Das bestimmt die Militärverwaltung. 3. Als zur immobilien Truppe gehörig — 33 Pf. pro Tag. Die Frau erhält 24 RM monatlich Unterstützung. — S. 2. 27. Ein Erlass besteht darüber nicht, insofern ist kein absoluter Anspruch auf Gewährung von Urlaub vorhanden. — C. 21. 104. Schädelverletzungen und Stößen. — Frau B. 113. Augenleiden, landsturmpflichtig. — C. R. Rein.

уашлнл-сгогл

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bruder:

Louis Gürtler,
Stralauer Allee 17a,
am 17. Oktober gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, Herr Kumpner:

Leopold Thieme,
Eldingstr. 17, am 15. Oktober gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 20. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
120/20 Die Ortsverwaltung.

Freie Turnerschaft

Neukölln-Brig. II. Männer-Abteilung.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 1. Oktober 1915 durch Kopfschuss unser lieber Turngenosse:

Arnold Abendroth
im 31. Lebensjahr. 186/15
Sein hilfloses und freundschaftliches Wirken in unserem Kreise wird uns ungerade sein.
Der Vorstand
der II. Männer-Abteilung.

Georg Wollschläger.

Ruhe sanft in fremder Erde!
Deine Freunde
G. Fink,
O. Schmolke,
O. Schachschneider.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Niederharlam.

Bezirk **Lichtenberg.**
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Karl Todtenhausen
Kronprinzenstraße 34
am 17. d. Mts. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, in Marxpark statt.

Abfahrt 3.41 Uhr von Lichtberg-Friedrichsfelde.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Verein der Stereotypen und Galvanoplastiker
Berlins u. Umg.

Als weitere Opfer des Weltkrieges seien die Kollegen:

Rudolf Kienietz
am 25. September 1915
Willi Fellner
am 26. September 1915
Otto Hendrich
am 29. September 1915
Kurt Schernus
am 27. September 1915.

Ehre ihrem Andenken!
Ferner verstarb infolge Unglücksfalles unser langjähriger Mitglieb und lieber Kollege

Ludwig Müller
im 65. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des sächsischen Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenfahrer

Otto Fabert
von der Firma Kroll, Solener Straße 28, am 18. Oktober im Alter von 63 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
68/1 Die Bezirksverwaltung

Allen Kollegen, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater und Bruder, der Stereotypen:

Louis Müller
im 64. Lebensjahre verstorben ist.

In seiner Trauer gelien dies an **Witwe Marie Müller** geb. Schulze
nebst Tochter **Charlotte.**
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Friedhofskapelle des sächsischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 2668b

Arbeiter-Jugend Nord-Ost.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 26. September unser Kollege

Max Gloth.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. 2668b

Max Gloth.

Den Geliebten Mrs. Besterland land am 26. September unser lieber Freund und Wamberbruder

Charlotte Tschermack
durch Unglücksfall verstorben ist.

Famille Tschermack,
Kaufiger Straße 12.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, in Wrensfelde statt. 577a

Dankagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich der Beerdigung unserer lieben Mutter, der

Witwe Berta Schönberg
lagen wir allen Freunden und Bekannten unseren besten Dank.
Familien Johannes und Max Schönberg.

Blumen- und Kranzbilderei
von **Robert Meyer.**
Fnb.: P. Golletz
Mariannestr. 3. Tel. Mpl. 346.

Kriegs-Kornfrank ist ein vorzüglicher und billiger Ersatz für Bohnenkaffee. Das große Paket kostet 50 Pfennig. **Kriegs-Kornfrank** schmeckt sehr gut; er hat eine schöne Kaffee-Farbe. —

Programme in guter Ausführung gehören zu jedem Arbeiterfest

Der Arbeiterschaft würdige • Druckerarbeiten liefert die • **Vorwärts Buchdruckerei** Berlin S.W. 65, Lindenstr. 3

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung, Schmalze, sichere schmerzlose Heilung ohne Berührung, Teilzahlung. Sprechstunden: 11—2 und 5—9

Auf zum Kauf:
die billigen Vorräte erschöpfen sich sehr schnell.

Kosmode
hervorragende Auswahl, ungefähr 5000 Stück aller Art, Samt, Tuch, Kammgarn, zusammengesetzt in 5 Gruppen, z. T. mit Pelzbesatz
20.-, 35.-, 50.-, 75.-, 100.-
(in Kürze 4.- bis 200.-)

Ulster
lang und halblang.
12.-, 18.-, 25.-, 36.-
(in Kürze 21.- bis 60.-)

Pelzmäntel
Kürze Kidkron- u. Kammsack 50.-
(in Kürze bis 125.-)
Stollen u. Muffen, Skunk, Alakafuchs, Niselmaner, Ners noch 33 % billiger als in 14 Tagen.

Plüschmäntel
Prachtvolle Ausführungen in folgenden Gruppen
Ja Plüsch 60.-, 85.-, 135.-, Seidenplüsch 32.-, 56.-, 78.-
(in Kürze 100.- bis 250.-)
Astrachan 32.-, 45.-, 62.-
(in Kürze 55.- bis 115.-)

Wollplüsch u. Krimmer 55.-, 63.-, 85.-
(in Kürze 72.- bis 130.-)

Starke Figuren finden Passendes in allen Abteilungen.
Sonntag 12-2 geöffnet

Westmann
W. Mohrenstr. 37, Kolonnenstr. 115
II NO, Große Frankfurter Straße 115
Hans Andressen

Allgem. Verschiedenes
Kressin
Alkoholfreie Getränke
Franz Abraham
Kamp Meissna u. Romortrak-Kell. G. H. Karlstr. 24. Fernsp. Kgl. 13708
Bade-Anstalten
Arkona-Bad, Anklamer-Str. 24.
Neukölln
Central-Bad, Anzengruberstr. 25.
Diana-Bad
Koppenstr. 33
Kneipp-Bäder.
Passage-Bad
Kottbusser Damm 79.
Bäcker- u. Konditorien
Br. Friedrich, Eisenbahnstr. 21.
A. Grobkinsky, Boxagenerstr. 27.
Oskar Hanke's Brotdackerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
sowie in Neukölln u. Treptow
Gebäude 1892.
Gust. Heintzsch, Havellandstr. 20
F. Klausewetter, Schreiberstr. 18.
Felix Kynast, Dänestr. 5.
Fr. Pribyl, Osanbrückerstr. 26.
Friedrich jr., Liebenwalderstr. 19
Filialen in allen
Stadtteilen.
Emil Werk, Samariterstr. 5.
Otto Wolff, Treptow, Kröllstr. 16
Lachow, Gr.-Lichterf., Chausseest. 156
Paul Zastrow, Stromstr. 32.

Erscheint 2 mal wöchentlich.
Butler, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.
August Holtz
33 Detail-Geschäfte.
Herm. Kueert, Culmstr. 29
Gebrüder Manns
45 eigene Detailgeschäfte
Kosmala, E., 4 Detail-Geschäfte
Schröter, R.
43 Verkaufsstellen
Uhly & Wolfram
Cigarrenfabriken
JUHL
250 GESCHÄFTE
G. Kaphun
Verkaufsstellen
in allen Stadtteilen.
Fische, Conserven
P. Steinhilber, Fischdill, Hächnerstr.
Walden 19 1/2, Frankf. Allee 191, 32

Bezugsquellen-Verzeichnis.
Bierbrauerei, Bierbdig.
Brauerei Bötzw
empfiehlt
Qualitätsbiere
ersten Ranges.
Osw. Berliner
Ur-Berliner, hell und dunkel
Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.
C. Habels Brauerei
hell — Nabelbräu — dunkel.
Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Brauerei Pflefferberg.
Trinkt Wanninger Bier!
Spandauer Brauerei
Weissbier, C. Breithaupt,
Palladestr. 97 Tel. Kpn. 2881, 2922
G. Brucklacher
Oranien
Carl Jung, Stromstr. 31.
Rudolfmann, P.-Müllerstr. 40b, Z. 3022

Bandagen, Gummiw.
R. Bauske, Stralauer Str. 54.
E. Kraus, Köpenickerstr. 45.
A. E. Lange, Brunnenstr. 104
Drogen und Farben
Werder-Drogerie, Hris. Kolonnenstr. 5a
Essigfabriken
Timner-Essig
überall erhältlich!
Fleisch- u. Wurstwaren
W. Beck
Inh.: Herm. Gerbach
Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69
Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gericke, Petersburgerstr. 31
August Lincke, Alte Jacobstr. 32
Luebke, Joh. Fleisch u. Wurstfabr.
A. Möbes Ndhf.
Fleischwaren u. Wurstfabrik
Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4.
Paul Spenn, Köpenickerstr. 35
Paul Zwart, Landsberg-Allee 136.
J. Baer
Badstr. 29, Ecke
Prinzen-Allee.
Fischschankstr. 3.
Eckhaus Linienstr.
Leske & Stepeck, Schön-Allee 78
Hüte, Mühen, Pelzwaren
Schoer, Herm., Wilmerstr. 25. 44.
Kottbusser.
Vester, E.
Domstr. 18/19

Kaffee-Rösterei
A. Zuntz sel. Wwe.
Filialen und Niederlagen
in allen Stadtteilen.
Nur reelle Qualitäten
Anerkannt verteilte Bezugsquelle
Kaffee, Tee, Kakao
und Schokolade etc.
Hamburger Kaffee-Importgeschäft
Emil Tengelmann
Kolonialwaren
Fritz Hübler, Sohlmannstr. 11.
Franz Richter, Malpianstr. 38-39
Kurz-, Weis-, Woll-, Trikots,
Hermann Meyer, Schilkestr. 21.
Mehlhandlungen
Bethke, Georg,
Neukölln, Ebertstr. 33, Kaiser-Friedr.
Str. 64, Wasserstr. 189, Friedenstr. 33
Treptow, Grün-Str. 44.
Gaoge, Otto
Charlottenburg.
F. Pflügmacher, Colonnenstr. 48.
F. W. Sichter, Wrangolstr. 75
Ecke Currystr.
Malterwaren
„Schweizerhof“
Malz- und Mälzwaren-Anstalt.
Endener Str. 45 u. Tel. U 205.
Optiker, Mechaniker
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Schubert, Carl, Mühlb. Bergstr. 14

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.
Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 26
Nähmaschinen
Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.
Photogr. Apparate
30. Kottbusstr. 2.
auch Gelegenheitskaf.
Photo-Jensen, Hauptstr. 23.
Photograph. Ateliers
R. Maers, Badstr. 60.
Weine, Liköre, Fruchtäfte
Zugo Beling
50 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co., Act.-Ges.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.
Underberg
Bismarck
SEMPER IDEM
anerkannt bester Bitterlikör
Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung — Schützen-
Berkebesamversicherung, straße 3.

Meierei C. Bolle
A.-G.
Berlin N.W. 21, Alt Moabit
83/103
Ältester und grösster
Milchwirtschaftlicher
Großbetrieb
Schreibwaren
O. Frochnow, Kils Hermsstr. 69
Wirtschaften, Etablissements
Hackepeter, Schöneberg
Hauptstr. 139.
Die erste selbstgepl. Doppelgelge
Patzenhofer
J. Gurgenberg, Rosenthalstr. 54.
O. Rohloff, Frlstr. 11, Hasenkl. Köpenick
Original-Schultheiß-Ausschank
Alexanderpl., Rich. Schloßhale.
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 49
Zahnateller
W. Best, Skallustr. 62 E. Wrangelstr.
Mahldorf
Frau A. Pagen, Kolonialwaren
Mariendorf
H. Wagner, Königspl. 11, Finken- u. Warten
Spandau
Schauerlein, Kottbusstr. 35. Fink. - Warten
Strehren
Gewerkschaft, V. Bagas empf. 1-12